

TECHNIK UND WIRTSCHAFT

MONATSSCHRIFT DES VEREINES DEUTSCHER
INGENIEURE • REDAKTEUR D. MEYER

8. JAHRG.

BIBLIOTHEK
GEW. JANUAR 1915
GILWICHER

1. HEFT

P. 819/15

DIE KRIEGSWIRTSCHAFTLICHEN AUFGABEN DER DEUTSCHEN INDUSTRIE.

Von Dipl.-Ing. Dr. TH. SCHUCHART, Berlin.

Nicht mit demselben Eifer wie sonst lassen wir an dieser Jahreswende den prüfenden Blick über die Kulturereignisse und Wirtschaftsergebnisse des verflossenen Jahres wandern und suchen die Merkzeichen neuer Entwicklung auf den verschiedenen Gebieten menschlicher Erkenntnis vorahnend zu deuten. Gaben wir sonst den Betrachtungen feinfühligere Beobachter und scharfsinniger Forscher weiten Raum, und nahm unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsgestaltung immer mehr auch der Techniker an der rückblickenden Ordnung des wirtschaftlichen Getriebes Anteil, so enthebt uns der Beginn des Jahres 1915 jeder einigermaßen zuverlässigen Erfolgsberechnung: selbst wenn wir wollten, wir könnten sie nicht abschließen, weil zur Beurteilung gar vieler Einzelposten wider alle Regeln die klärende Ermittlung zurzeit nicht vorgenommen werden kann. Denn plötzlich ist ein Ereignis eingetreten, das uns unendlich mehr beschäftigt als Jahresüberblicke und Jahresergebnisse: Der Krieg hat über Nacht den brausenden Strom der deutschen Volkswirtschaft und mit ihm das ganze deutsche Geistesleben in neue unbekannte Ufer gelenkt. Gespannt, aber mit unerschütterlichem Vertrauen folgen wir nun schon seit fünf Monaten dem neuen Lauf der Dinge. Mit aller Geschicklichkeit bemühen wir uns, die drängenden Fluten deutscher Kraft kunstgerecht in ein neues, möglichst sicheres Bett zu fassen und sie richtig in alle Kanäle zu verteilen, um sie so der nationalen Selbsterhaltung tunlichst ohne Verlust dienstbar zu machen.

Über wie vieles, das hinter uns liegt und uns zu ruhiger Zeit aufs tiefste bewegte, lassen wir heute mit Gleichmut den deckenden Schleier fallen! Wir fühlen uns plötzlich einander näher gerückt. Feindschaft und Mißgunst unter den Volksgenossen, die so lange unsre edelsten Kräfte zermürbten, sind mit einem Schlage ausgetilgt. Von wie vielseitigen Interessen unser Sinnen und Trachten auch erfüllt war: jetzt ist es nur auf ein einziges Ziel gerichtet, unsre nationale Zukunft. Wir sind am Beginn einer neuen großen Entwicklungsstaffel angelangt: Vor uns steht die Entscheidung über Sein und

Nichtsein. Wie ein Zauberspruch hat sie alles, was deutschen Wesens ist, aufgerüttelt und zu dem einmütigen Entschlusse geeint, das Äußerste an die Wahrung unsres weltpolitischen Daseins zu setzen, durchzuhalten. Auf den Krieg als den neuen Richtpunkt allen Denkens gilt es, sich mit der ganzen Kraft des Wollens einzustellen; denn nur durch unverbrüchliches Zusammenhalten ist es möglich, militärisch und wirtschaftlich nach außen die höchste Wirkung unsres nationalen Willens zu entfalten. Urplötzlich befindet sich ein jeder mitten in der Neuordnung seiner Gedanken- und Wirtschaftswelt, auf der Suche nach harmonischen, jenem Ziele zuführenden Richtlinien. Und er steht vor der Frage: Welche Aufgaben hat er sich selbst und dem engeren Kreis seines Wirkens gegenüber zu erfüllen, welche gegenüber der Allgemeinheit und ihrem berufenen Sachwalter, dem Staat?

Militärisch war alles bereit und wohl durchdacht, aber für den wirtschaftlichen Aufmarsch war nur auf finanziellem und verkehrstechnischem Gebiet zulänglich vorgesorgt. Industrie, Gewerbe und Handel waren gänzlich unvorbereitet. Wie ein lähmender Alp lag es auf den zahlreichen und so verschieden widerstandsfähigen Trägern unsrer Wirtschaft, auf Arm und Reich, auf Arbeitgebern und Arbeitnehmern, auf den Einzelnen und auf der Gesamtheit. Es bedurfte für alle gemessener Zeit, um sich in die veränderte Lage mit ihren neuen Pflichten hineinzufinden. Kühles, sachliches Denken schien auf einmal überall ungeheuer erschwert zu sein; peinliche Benommenheit und fiebernde Regsamkeit lasteten eine Reihe von Tagen auf all denen, die sonst so eifrig die Räder des Wirtschaftslebens bewegten. Bis endlich der Bann wich und ordnende Überlegung sich Bahn schuf, bis man allgemein die Aufgaben der Kriegswirtschaft zu begreifen begann.

Der Zündstoff alter und neuer Zusammenstöße und Hinterhältigkeiten hat einen Krieg heraufbeschworen, der wie noch keiner je zuvor die auf riesig gesteigerten Wechselbeziehungen beruhende Weltwirtschaft in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Großtaten der Technik, das moderne Verkehrs- und Nachrichtenwesen schufen erst Weltwirtschaft. Die gleichen Kräfte zerstören jetzt, was sie einst mühevoll bauten. Derselbe Träger des Fortschrittes liefert in dem gigantischen Weltmachträngen die Waffen der Vernichtung, und in der Schöpfung überlegener Zerstörungsmaschinen ist ein fabelhafter Wettbewerb entbrannt. Nachdem die wissenschaftliche Durchdringung technischer Probleme einen gewissen Abschluß erreicht und allen Kulturnationen eine reiche Ausbeute überlassen hat, stehen sich nun zum ersten Male große Gegner mit den gleichen oder doch wenig unterschiedlichen technischen Mitteln gegenüber, wenn auch mit gar verschiedenen organisatorischen und moralischen Kräften begabt, und machen den Krieg von 1914 zu dem heftigsten und blutigsten Wettstreit der Technik, der je gedacht werden konnte.

Die technischen und wirtschaftlichen Erfordernisse der Kriegführung haben sich im Zeitalter der Naturwissenschaften stark verändert, jedoch Mannesmut und Disziplin haben an ihrer erfolgbestimmenden Bedeutung nicht das geringste eingebüßt, trotz der unendlichen Steigerung, die das Eingreifen der Technik im Kriegswesen erfahren hat. Wie in der gewerblich-industriellen Arbeit die intellektuellen Ansprüche an den Einzelnen ganz allgemein immer höher geschraubt werden mußten und Leistungen besonderer Art ein ungewöhnlich hohes Maß von Umsicht, Urteilsfähigkeit und Selbständigkeit

erforderten, so hat auch die moderne Kriegsmaschinerie die Verantwortung des Einzelnen und die Anforderung an seine Intelligenz in die Höhe getrieben. Der geistige Hochstand des Durchschnittsdeutschen, wie er in der Schule und in zunehmendem Maße durch technisch-gewerbliche Betätigung in der Industrie entwickelt worden ist, bestimmt unzweifelhaft in hervorragender Weise auch die militärische Eignung des deutschen Volkes. Zum Glück hat eine weit-sichtige soziale Fürsorge von Staat und Gemeinde dafür gesorgt, daß neben der geistigen Anstrengung die körperliche Leistungsfähigkeit durch die Betätigung in der Industrie nicht zu Schaden gekommen ist. Die Gesundheits-verhältnisse der in der Industrie beschäftigten Schichten der Bevölkerung bewegen sich in Deutschland seit langem in aufsteigender Linie: unsere Arbeiterscharen, die jetzt den Werkstattkittel mit dem Waffenrock vertauscht haben, sind auch körperlich leistungsfähig geblieben. Die Industrie liefert uns deshalb ein Soldatenmaterial, wie es unsre Feinde nicht aufzuweisen haben und um das uns die Welt beneiden muß.

Dieser mittelbare Zusammenhang steht an materieller Wichtigkeit den unmittelbaren Beziehungen zwischen Wirtschaft und Krieg nicht nach. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Volkes und mit ihr, als die bedeutendste Vertreterin der Formveränderungsarbeit, die heimische Industrie hat auf die technischen Mittel der Kriegführung, auf Verpflegung, Bekleidung, Ausrüstung und nicht zum geringsten Teil auf das Verkehrswesen heute unmittelbar einen Einfluß, der für das Kriegsergebnis in hervorragender Weise mitbestimmend ist. Es ist nicht die mehr oder weniger reiche Ausstattung mit finanziellen Mitteln, deren Wirkung an sich als ausschlaggebend angesehen werden darf, wengleich sie natürlich für die Größe der technischen Aufwendungen unter Umständen stark ins Gewicht fallen kann. In einem Kampf, in dem jedes Land im wesentlichen in seiner Versorgung mit Kriegsbedarf auf sich selbst angewiesen ist, hängt die technisch-wirtschaftliche Kriegsbereitschaft von der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit und von der Aktionsbereitschaft seiner schaffenden Kräfte, insbesondere seiner Industrie, ab. Wenn die Vereinigten Staaten neuerdings massenhaft an unsre Feinde Kriegsmaterial aller Art liefern und es z. B. dem schon im wirtschaftlichen Niederbruch begriffenen Frankreich ermöglichen, die Lücken seiner Eigenversorgung ungestört wieder zu füllen, so bedeutet dies für uns einen überaus schweren wirtschaftlichen Schlag. Denn uns sind jene Wege, selbst wenn wir sie gehen wollten, versperrt. Darum ist bei uns die Leistung der Industrie für die Bereitstellung des militärischen Bedarfes viel entscheidender als bei unsern Feinden. Dasselbe gilt aber auch von ihr hinsichtlich der Bedürfnisse der Allgemeinheit, vor allem der Lebensmittel und der zu allgemeinen Zwecken zu verarbeitenden Rohstoffe. Während Frankreich und England der Weg der Einfuhr offen steht, ist bei uns die Lieferung des Zivilbedarfes in sehr viel größerem Umfang Sache der heimischen Industrie. Und deshalb bedeutet diese auch für unsre Eigenversorgung und damit für die Aufrechterhaltung unsrer Volkswirtschaft in viel höherem Maße den Sammelpunkt unsrer materiellen Kräfte, als, unter gleichem Gesichtspunkt gesehen, die gewerbliche Betätigung unsrer Feinde.

Dieser Erkenntnis und den sich daraus ergebenden Folgen hat man in Deutschland seitens der Zentralbehörden befremdlicher Weise vor dem Kriege

nicht entfernt die Aufmerksamkeit zugewandt, die man eigentlich bei einem in wirtschaftlichen Dingen bewanderten Volke hätte erwarten können. So ausgezeichnet für die spezifisch militärische, die finanzielle und die verkehrstechnische Mobilmachung vorgesorgt war, so sehr fehlte die fachkundige Berücksichtigung der engen Beziehungen, die von dem spezifisch Militärischen und Militärtechnischen zu dem Kaufmännischen und allgemein Volkswirtschaftlichen hinüberführen. Und doch hängt von ihrer Erforschung und ihrem Ausbau gerade bei der Lage, in der sich Deutschland heute befindet, ausnehmend viel ab. Es war niemand da, der sich berufsmäßig um diese Dinge kümmerte, ganz ähnlich, wie es auch lange an Technikern fehlte, welche die wirtschaftlichen Beziehungen der Technik zum Volksganzen verfolgten. Immerhin aber wäre der Mangel sicherlich nicht so scharf hervorgetreten, hätte man sich in Beamtenkreisen gegenüber der fachkundigen Beratung Sachverständiger aus den Zivilberufen etwas weniger ablehnend verhalten. Das hierin begründete Versagen, das glücklicherweise keine tiefeinschneidenden Wirkungen für unsre Gesamtwirtschaft gebracht hat, wird nach Friedensschluß sorgsamster Untersuchung bedürfen: Die Durcharbeitung aller Zusammenhänge zwischen der jeweils angenommenen Kriegslage und den militärtechnischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen wird in Zukunft unumgänglich sein; betriebstechnische und industrie-wirtschaftliche Fragen werden in diesem Rahmen besonders gewürdigt werden müssen.

Zwei Ursachen sind für die Umgestaltung unsrer Wirtschaftsverhältnisse im Zeichen des Krieges grundlegend und bestimmend: der Abbruch aller Beziehungen zu den Wirtschaftsgebieten unsrer Feinde und die Erschwerung, die unser Verkehr mit den neutralen Ländern durch die Seeherrschaft Englands erfährt, daneben mittelbar der aus Anlaß des Krieges in den heimischen Erzeugungs- und Absatzverhältnissen eingetretene Wechsel. Aus diesen beiden neuartigen Voraussetzungen entsteht die Kriegswirtschaft, erwachsen die neuen Aufgaben vor allem unsrer gewerblichen Tätigkeit.

Wie weit die Umwälzung der weltwirtschaftlichen Beziehungen in unsre Volkswirtschaft eingreift, veranschaulicht folgende Tatsache: Berechnen wir den deutschen Warenhandel mit England, Frankreich, Rußland, Belgien und Japan einschließlich ihrer Kolonien und Schutzländer nach den Zahlen von 1913, so sind 43,8 vH der Einfuhr nach Deutschland und 42,4 vH der Ausfuhr aus Deutschland durch den Weltkrieg unmittelbar in Mitleidenschaft gezogen, d. h. diese Posten fallen für unsern Außenhandel fort, sofern nicht durch den Zwischenhandel über neutrale Länder teilweise ein Ausgleich eintritt. Dazu kommen noch die Ausfälle, die sich aus den vollständig unterbrochenen Austauschbeziehungen mit neutralen überseeischen Ländern herleiten, für die vielfach nur in ganz geringem Umfang durch den Verkehr über neutrale Länder gegenwärtig ein Ersatz geschaffen werden kann. Einmal fehlt es hier oft an Verschiffungsgelegenheiten. Zudem überwachen jene Länder, die wie z. B. Holland, Dänemark, die Schweiz, Italien, von den mittelbaren Wirkungen des Krieges selbst vielfach schwer betroffen sind, sorgfältiger denn je den Durchfuhr- und Ausfuhrverkehr und hindern unter dem Drucke des Dreiverbandes den Zugang vieler wichtiger Waren, die unsre Versorgung unterstützen könnten.

Die Veränderungen sonstiger Ursachen sind durchweg binnenwirtschaftlicher Art: es sind die Folgeerscheinungen unserer Maßnahmen zur Selbstbehauptung und zur Abwehr. Sie sind für die nun eingeschränkte Leistungsfähigkeit unserer Industrie und damit für die Erfüllbarkeit ihrer kriegswirtschaftlichen Aufgaben bestimmend. Aus diesem Grunde soll ihr Wesen hier kurz gekennzeichnet werden.

Obenan steht die unerwartete Verminderung der menschlichen Arbeitskräfte durch die Einziehung der körperlich Leistungsfähigsten. Wenn auch die Militärbehörde angesichts der Rückwirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben mancherlei Rücksicht nahm, so mußten infolge dieses Ereignisses doch die Arbeitskräfte auf alle Wirtschaftszweige notwendigerweise neu verteilt werden.

An Bedeutung steht dieser Erscheinung die vollständige Verschiebung des menschlichen Bedarfs beim Übergang vom Friedenszustand auf den Kriegszustand nicht nach. Ihren unmittelbaren Anlaß hatte sie in der allgemeinen Einschränkung des inländischen Verbrauches und der behinderten Ausfuhr. Dabei litten die Rohstoffgewinnung und die grobe Verarbeitung, sofern nicht besondere Hindernisse vorlagen, weniger als die Feinverarbeitung. Während sich dort die Verminderung der Arbeitskräfte nach und nach der Verbrauchseinschränkung näherte, sie gelegentlich sogar übertraf, wurde die Verfeinerung in weit größerem Umfange notleidend, weil sie von der Einziehung der Arbeiter infolge Verwendung älterer, weiblicher oder körperlich wenig leistungsfähiger weniger stark betroffen wurde. Dieser Einbuße stand lediglich der ungeheure Mehrverbrauch des Heeres und der Marine gegenüber, der zum weitaus größten Teil durch die Verwaltung, zum immerhin nicht unerheblichen Teil aber auch durch freiwillige Zuwendungen an die im Felde Stehenden (Liebesgaben) gedeckt wurde. Für die innere Wirtschaft schuf er so in größtem Maßstabe die Mittel des wirtschaftlichen Ausgleiches.

An dritter Stelle ist die allgemeine Einschränkung des nicht mit der Kriegsführung und -rüstung unmittelbar zusammenhängenden Verkehrs als die unmittelbare Folge des Kriegsausbruches zu nennen. Die Unterbrechungen im Nachrichten- und Transportverkehr mußten für die Weiterführung der Betriebe die schwersten Folgen haben. Denn jedes Wirtschaftsunternehmen, das nicht durch die Übernahme von Kriegslieferungen mit den militärischen Erfordernissen unmittelbar verknüpft war, sah sich durch die Unterbrechung wenn nicht aller, so doch der wichtigsten nach außen führenden Wirtschaftsbeziehungen wenigstens zunächst mehr oder weniger auf sich selbst angewiesen. Wo man keine Rohstoffvorräte hatte, mußte man eben den Betrieb einstellen. Die unvermeidliche Folge dieser mangelnden Ausgleichsmöglichkeit war vielerorts eine sehr unerwünschte Preissteigerung.

Alle diese Erscheinungen, die innerhalb ganz weniger Tage allgemein auftraten, machten die gänzliche Umordnung der einzelnen wie der Gesamtwirtschaft augenblicklich unerläßlich. Zur gleichen Zeit aber stand die Industrie schon vor den ersten großen Aufgaben, die der Krieg an sie in militärisch-technischer Hinsicht stellte, nämlich vor der betrieblichen und organisatorischen Umschaltung auf die Massenbedürfnisse der Landesverteidigung.

Ihrer Natur nach mußte die Beteiligung der verschiedenen Industriezweige und Einzelwerke an der Deckung des militärischen Bedarfes zunächst ganz abgesehen von der Mannigfaltigkeit der technischen Voraussetzungen sehr unterschiedlich sein. Am meisten wurden bei der Vergebung der militärischen Lieferungen in den ersten Wochen begreiflicherweise die Unternehmen berücksichtigt, die ihren Standort in unmittelbarer Nähe der vergebenden Stellen hatten. Denn die Unterbrechung des Verkehrs behinderte vorläufig den schnellen Meinungsaustausch auf größere Entfernung. Diejenigen Unternehmen, welche in Friedenszeit an der Ausrüstung der Landesverteidigung beteiligt gewesen waren oder doch für ihre Versorgung im Kriegsfall die Vorbereitungen irgendwelcher Art getroffen hatten und über die erforderlichen Erfahrungen verfügten, waren natürlich in der günstigsten Lage und begannen vielfach sofort mit der Erweiterung ihrer Anlagen. Die übrigen aber waren genötigt, sorgfältig zu untersuchen, wie sie ihre Einrichtung und Organisation für die Lieferung von Militärbedarf nutzbar machen konnten, und bemühten sich erst nach und nach, geeignete Bedarfsfälle ausfindig zu machen.

Mit außerordentlichem Eifer wurde diese Aufgabe allgemein angefaßt. Die schnellen militärischen Erfolge, die allmähliche Wiederaufnahme des Verkehrs und die Rückkehr zu normalen Kredit- und Zahlungsverhältnissen regten dazu allgemein an. Zunächst herrschte freilich noch ziemlich allgemein in den Werkstätten und Bureaus ein großes Durcheinander. Hieran trug zum Teil die unzulängliche organisatorische Vorkehr des Militärlieferungswesens die Schuld. Trotz allen statistischen Eifers besitzen wir leider bis heute noch nicht einmal eine amtliche Gewerberolle, d. h. eine durch Meldung stetig ergänzte statistische Aufnahme, die die Beziehungen zwischen dem Militärverhältnis und der Berufstätigkeit feststellt. Infolgedessen war es schwierig, die Posten der Eingezogenen, die für den Weitergang der Betriebe unentbehrlich waren, unverzüglich mit den dafür bestgeeigneten Leuten unter den noch Verfügbaren zu besetzen. Auf der andern Seite aber bemühten sich vielfach die Besteller, die erteilten Aufträge rückgängig zu machen oder doch ihre Ablieferung tunlichst hinauszuschieben. Die Folgen davon waren um so schlimmer, als die Erledigung der Aufträge des feindlichen Auslandes sowieso unterbrochen werden mußte und weiter Bestellungen aus den Kreisen der inländischen Verbraucher, sofern es sich nicht um Massenware zur Weiterverarbeitung auf unerläßliche Gebrauchsartikel handelte, überhaupt nicht zu erhalten waren. Empfindlich machte sich auch die Knappheit der Geldmittel bei denen, die größere Ausstände im feindlichen Ausland hatten oder auch im inländischen Verkehr vorläufig keine Zahlung erhielten, geltend. Als sich nun alles auf Heereslieferungen werfen wollte, trat zunächst der allgemeine Mangel an organisatorischer Regelung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Militärverwaltung und Industrie hervor. Es war nicht nur schwer, sich über die Zuständigkeit der verschiedenen Amtstellen Klarheit zu verschaffen, sondern oft gerade unmöglich, von ihnen technische Unterlagen und verbindliche Auskünfte schnell und vollständig zu erlangen, zumal ein andrer als der mündliche Austausch hier lange Zeit zu den Seltenheiten gehörte.

Trotz alledem wurden mit Hülfe eines unendlichen Aufwandes an Kleinarbeit in bewunderungswürdig kurzer Zeit die zahllosen technischen und

organisatorischen Schwierigkeiten dieser Neuordnung überwunden. Es hat freilich in den allermeisten Fällen nicht geringe Mühe gemacht, die wirtschaftlichen Voraussetzungen für das abgeänderte Arbeitsprogramm der Betriebe einigermaßen klarzustellen, eine Arbeit, die sich mit behördlicher Unterstützung recht wohl im Frieden hätte vorbereiten lassen. Wenn in dieser Hinsicht nicht alles so geklappt hat, wie es in der Tat möglich gewesen wäre, so lag das an der mangelnden Systematik, mit der die militärischen Stellen die Vergabungen behandelten, und an ihrer vielfach ungeklärten Zuständigkeit, vielfach aber auch an dem Mangel an Organisationen für die Mitwirkung bei der Arbeitsverteilung innerhalb der einzelnen Industrien. Die organisatorischen Verbesserungen der letzten Monate auf beiden Seiten lassen eine dauernde Behebung der Mängel des militärischen Lieferwesens und damit auch die vollständige Einfühlung der Industrie in die militärische Versorgungswirtschaft erwarten.

Solange für keinen befriedigenden Zusammenhang zwischen Unternehmerschaft und Militärbehörde gesorgt war, übernahm der Zwischenhändler in einem meist sehr wenig erfreulichen Umfange die Vermittlung. So schädigend für den Hersteller und so vertuernd für den Besteller er auch gewirkt haben mag, so hat er doch immerhin dadurch einige Verdienste, daß er zahlreiche Industrielle mit den Bedürfnissen des Heeres und der Marine im einzelnen vertraut machte und sie zur Aufnahme neuer Fabrikationszweige kräftig anregte.

Heute dürfte sich die Industrie an die Bedürfnisse der Landesverteidigung im allgemeinen ziemlich angepaßt haben. Aber jeder Tag kann neue wichtige Veränderungen bringen, die an die Technik und die technische Leistungsfähigkeit der Werke neue Aufgaben stellen. Auch können erst allmählich die Erfahrungen benutzt werden, die bisher bei den neu aufgenommenen Artikeln technisch und wirtschaftlich gemacht worden sind. Daraus erwächst der Industrie die patriotische und kriegswirtschaftliche Pflicht, unablässig neue Wege zu suchen, um die Truppen draußen, soweit es mit den Mitteln der Technik durchführbar ist, so leistungsfähig wie nur möglich auszustatten, weiter aber sich selbst so leistungsfähig zu erhalten, daß sie den schwankenden Anforderungen des Militärbedarfs so vollkommen, wie es nur denkbar ist, jederzeit zu entsprechen vermag.

Die Umschaltung auf die Deckung des Heeresbedarfs hätte sich nicht so glatt vollziehen können, auch die sonstigen Störungen der gewerblichen Tätigkeit hätten sich nicht in so bewunderungswürdig kurzer Zeit überwinden lassen, hätte nicht die heimische Kohlen- und Roheisenversorgung ohne ernsthafte Störung in Gang gehalten werden können. Die schweren Opfer für die schnelle militärische Sicherung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes durch den raschen Vormarsch durch Südbelgien haben reiche Früchte getragen, insofern der Einbruch des Feindes in dieses Gebiet vereitelt wurde und ungestört weitergearbeitet werden konnte. Es ist nicht abzusehen, welchen Gang die Dinge wirtschaftlich genommen hätten, wenn der Landesschutz in dieser Hinsicht auch nur vorübergehend versagt hätte. Ganz abgesehen von den unanschbaren Verlusten durch eine Besetzung und wahrscheinliche Zerstörung zahlloser hochwertiger industrieller Anlagen hätten viele wichtige militärische Bedürfnisse, für welche die Industrie zu sorgen

hat, ohne Zweifel nur unter großen Schwierigkeiten erfüllt werden können. Auch hätten dann unter den zur Sicherung des Militärbedarfs zu erlassenden Zwangsmaßnahmen bedeutende Teile der deutschen Industrie aufs nachhaltigste geschädigt werden müssen. Wenn auch z. B. in Südwestdeutschland die Roheisenerzeugung in Ermangelung von Rohstoffvorräten vorübergehend ganz zum Erliegen kam, so ist es doch nicht notwendig gewesen, die Lieferungen für nicht militärische Zwecke in Deutschland auch nur einen Tag vollständig zu unterbrechen. Dabei kamen freilich die vorhandenen Vorräte ausgezeichnet zustatten. Die Störungen in der Versorgung beruhten fast durchweg auf Verkehrseinschränkungen und Wagenmangel. Die Industrie hat jedenfalls ihre wichtige Aufgabe der fortlaufenden und geregelten Rohstoffversorgung, ganz wesentlich auch unterstützt durch die einheitliche Disposition der Syndikate, Verbände usw., zur allgemeinen Befriedigung und zum Segen des gesamten Wirtschaftslebens, dank des militärischen Schutzes, zu erfüllen vermocht.

Die Aufgabe der Industrie im Kriege beschränkt sich aber nicht auf die Lieferung von Militärbedarf und der dafür erforderlichen Stoffe. Wenn auch zahlreiche Betriebe auf Anordnung der Behörde von jeder Lieferung an Privatkundschaft gelegentlich Abstand nehmen mußten, so blieben für die überwiegende Mehrzahl die vor dem Kriege eingegangenen Verpflichtungen in vollem Umfange bestehen. Hier ergab sich bei den einander hart gegenüberstehenden Interessen des Käufers und des Verkäufers eine Fülle von ungewöhnlichen Schwierigkeiten. Wie sollte ein Fabrikant übernommene Verpflichtungen pünktlich und vollständig zum festgesetzten Preis erledigen, wenn sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Vertragsschlusses von Grund auf geändert hatten? Die sogenannte Kriegsklausel stellte sich vielfach als ganz oder teilweise wertlos heraus. Besonders schwierig gestaltete sich das Verhältnis der weiterverarbeitenden Industrien, die auf Grund von Verträgen Rohstoffe und Halbfabrikate in solchen Mengen gekauft hatten, daß sie sie nach dem Kriegsausbruch nur zum geringen Teil oder überhaupt nicht zu verarbeiten vermochten.

Es war ein Zeichen hoher Einsicht, daß sich schon am 11. September die Vertreter der bedeutendsten Rohstoffverbände der Eisen- und Kohlenindustrie (das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, der Stahlwerksverband, der Roheisenverband) mit denen der Feinverarbeitung (Eisengießereien, Maschinenbauanstalten, Kleineisenindustrie usw.) über die Grundlagen für die Weiterführung der Geschäfte in einer beide Teile befriedigenden und volkswirtschaftlich einwandfreien Weise verständigten. Dabei ergab es sich als unerlässlich, daß die Lieferer den Beziehern trotz der zum Teil erheblich gestiegenen Erzeugungskosten mit Rücksicht auf die vertraglichen Verpflichtungen der Bezieher zu ihren eigenen Abnehmern tunlichst entgegenkamen. Bei der erheblichen Steigerung der Selbstkosten, welche die Entziehung der Arbeitskräfte und die Betriebseinschränkung den Werken brachte, hat dieser Entschluß den Lieferern vielfach unzweifelhaft bedeutende Opfer auferlegt. Mit derselben Rücksicht auf die Weiterverarbeiter und die Gesamtwirtschaftslage haben sich die Lieferer von Rohstoffen und Halbfabrikaten auch bei der Preisstellung für den Verkauf in der näheren Zukunft weise Beschränkungen auferlegt. Die Folgen sind gar nicht auszudenken, wenn hier die Verbände

versagt hätten oder sich gar ein regelloser Zustand bis zum Einschreiten der Regierung mit Höchstpreisen entwickelt hätte. Die Führer der Industrie haben sich hier ihrer verantwortungsvollen Stellung vollauf gewachsen gezeigt. Dieses verständnisvolle Aufeinandergehen ist nach wie vor für den störungsfreien Gang der Wirtschaft im Zeichen des Krieges eine der allerdringendsten Aufgaben der Industrie. Das gemeinsame Ziel aller Bestrebungen kann heute nur in der Steigerung der wirtschaftlichen Gesamtwirkung beruhen, der Pflege aller Interessen, die der Sicherung der bestehenden Existenzen und der Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit und möglicher Bewegungsfreiheit dienen. Denn nicht durch Kapitalanhäufung und Gewinne Werte neu zu schaffen, sondern die bestehenden Werte zu sichern und mit ihnen eine tunlichst weit reichende Wirkung für die ganze Volksgemeinschaft zu erzielen, das ist unter der Kriegswirtschaft die oberste Aufgabe jedes Wirtschaftsleiters.

Im gleichen Sinn erfordert heute auch die Finanzgebarung der Industrie ein besonders hohes Maß von peinlicher Vorsicht und gesunden Grundsätzen. Bei dem starken Interesse der Aktienbesitzer sowie der Aufsichtsratsmitglieder an der hohen Dividende ist hier eine scharfe Selbstbeschränkung am Platze. Die zahlreichen Jahresabschlüsse, die seit dem Kriegsausbruch von führenden industriellen Unternehmungen vorgelegt worden sind, tragen dem im ganzen in erfreulicher Weise Rechnung. Immerhin konnten vielfach wesentliche Kürzungen des zur Verteilung gelangenden Gewinnes hintangehalten werden. Das hat seinen Grund in der vorsichtigen Bilanzstellung und der weitsichtigen Sicherungspolitik, die in unsrer handelsrechtlichen Gesetzgebung begründet ist und unter dem gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung des letzten Jahrzehntes in der deutschen Industrie ziemlich durchgängig Schule gemacht hat. Man arbeitet nicht mehr so sehr auf den ersten Gewinn, sondern denkt mehr als früher an die innere Gesundheit und Entwicklungsfähigkeit der Werke. Die Einbußen, die im Kriege durch Eigentumsverlust oder durch Uneinbringbarkeit schwebender Forderungen an das feindliche Ausland entstanden sind, lassen sich zum allergeringsten Teil schon heute in ihrer Höhe genau übersehen, und es wird letzten Endes von dem mehr oder weniger glücklichen Ausgang des Krieges abhängen, ob und in welchem Umfange sie als Verluste zu betrachten sind. Solange darüber keine Klarheit besteht, ist bei ihrer Bewertung äußerste Vorsicht geboten, und die Rückstellung ansehnlicher Beträge zur Deckung etwaiger Ausfälle ist unerlässlich. Aus den gleichen Erwägungen heraus würde es auch bedenklich sein, das Bilanzergebnis durch Kürzung der Abschreibungen oder Heranziehung versteckter Reserven zu verbessern. Wenn die Jahreserzeugung auch nachgelassen hat und Teilbetriebe gänzlich eingestellt worden sind, so bleibt doch die Verpflichtung zu angemessenen Abschreibungen bestehen. Wie anderswo, so haben sich auch hier alle Maßnahmen dem Gedanken unterzuordnen, daß wir möglicherweise erst am Beginn der kriegerischen Entwicklung stehen und daß das Ende des Krieges vorläufig noch unabsehbar ist. Ohne Rücksicht auf die Ansprüche optimistisch gestimmter Geldleute darf gerade jetzt nichts unterlassen werden, was geeignet ist, längere Zeitabschnitte eines wirtschaftlichen Niederganges zu überwinden und die volle Leistungsfähigkeit der Unternehmen über die Kriegszeit hinaus in Erwartung aller denkbaren Zufälle sicherzustellen.

Wie für die Festigung der eignen Wirtschaft, so ist die Industrie besonders für die der gesamten Wirtschaft in vielen Einzelfragen mit verantwortlich, und es erwachsen ihr so in der Kriegswirtschaft ganz neue und eigenartige technisch-wirtschaftliche Aufgaben.

Die teilweise oder auch vollständig unterbrochene Zufuhr in wichtigen Roh- und Hilfsstoffen zwingt die Industrie zur Sparwirtschaft. In deren ersten Abschnitte, nämlich bei der Ermittlung der vorhandenen beschränkten Vorräte und ihrer unter Umständen in beschränktem Umfang möglicher Vermehrung durch Kauf, ist sie auf die kräftige Unterstützung durch die Regierung angewiesen, ohne deren behördlichen Charakter sich diese Fragen bei den zahllosen, oft einander widerstrebenden Sonderinteressen der Beteiligten kaum lösen lassen. Andererseits aber können die Bestände ohne die Mitarbeit fachkundiger Kaufleute und Techniker kaum sachgemäß auf die Verbraucher verteilt werden. Diese Doppelseite der Aufgabe fand ihren Ausdruck in der Bildung einer Reihe von Materialversorgungsgesellschaften (Kriegsmetall-A.-G., Kriegskemikalien-A.-G., Kriegswollbedarfs-A.-G., Kriegsleder-A.-G. usw.) und Abrechnungsstellen. Bei ihnen sind Erwerbzwecke satzungsgemäß ausgeschlossen. Die finanzielle Grundlage der ersteren beruht auf einem in den Kreisen der Verarbeitung und des Handels aufgebrachten Aktienkapital, das zum Ankauf und zur Verwaltung der Vorratmenge dient. Die Geschäftsführung wird von Fachleuten ausgeübt, die dem Aufsichtsrat, in dem das Reich durch einen berechtigten Kommissar vertreten wird, verantwortlich sind. Ob diese Überwachung allerdings auf die Dauer bei dem starken Anreiz der Einzelmitglieder zu spekulativen Käufen und Verkäufen genügt, bleibt abzuwarten.

Mit der Beteiligung an diesen Unternehmungen ist aber erst im engsten Sinne die wirtschaftliche Vorbedingung der Sparwirtschaft erfüllt. Erst durch die wohlgedachte Anwendung der zu sparenden Stoffe, zu der die ausführende Technik die Mittel liefert, vermag der für die Aufrechterhaltung des Ganzen so wichtige Zweck verwirklicht zu werden. Unter dem Einfluß zunehmender Seltenheit der nicht vermehrbaren Stoffe, der sich in steigenden Preisen kund tut, verändern sich die Gesetze ihrer Anwendung und machen grundsätzlich neuen Überlegungen Platz: die Grenzen der Wirtschaftlichkeit verschieben sich, eine Umwertung der Werte tritt ein. Handelt es sich dabei um die Verwendung von nicht beliebig vermehrbaren Baustoffen, so ist es natürlich der Konstrukteur, der hier die Rolle des wirtschaftlichen Pflinders zu übernehmen hat.

Als solcher lenkt er zunächst sein Augenmerk auf die tunlichst hochwertige Ausnutzung der Abfälle. Dieser Zweck wird durch ihre sorgfältige Sammlung und durch eine möglichst weit gehende Steigerung ihrer wertvollen Eigenschaften erstrebt. Bei der weitverbreiteten Verwendung bestimmter Stoffe eröffnen sich so öfters ganz neue Zusatz- und Hilfsmöglichkeiten, die sich unter Umständen sogar zu neuen Industriezweigen ausbauen lassen. Andererseits ergeben sich so aber auch Einschränkungen, die ganze Verarbeitungsgebiete, zumal wenn sie nicht dringenden militärischen Zwecken dienen, vollständig lahm legen. Unter dem Gesichtspunkt der Abfallwirtschaft sei erinnert an die Bestrebungen zur Wiederaufnahme der Förderung in Erzbergwerken, bei denen abbauwürdige Mittel anstehen, die aber häufig

unter dem Mangel eines ausreichend leistungsfähigen finanziellen Rückhaltes oder infolge ungeeigneter Organisation zum Erliegen gekommen sind, sowie an die Auswertung der in Kläranlagen gewinnbaren Fette für die Seifenindustrie. Besondere Beachtung verdient z. B. auch die Sammlung und Wiederverarbeitung der zahllosen militär-technischen oder sonstigen Gebrauchsgegenstände, deren sich die Truppen unter Umständen im Feld entledigen, soweit in ihnen Stoffe stecken, die zurzeit nur beschränkt verfügbar sind. Dahin sind zu rechnen Metallwaren aller Art, Woll- und Leinwandsachen, Lederartikel, auch Nahrungsmittel. Erfahrungsgemäß ist der Soldat im Kriege, wenn er nicht gerade durch den Mangel zu anderm Verhalten gezwungen wird, ein schlechter Wirtschafter; vieles ganz oder teilweise Brauchbare wird weggeworfen, sobald neue Vorräte vorhanden sind. Nicht immer kann man ihm daraus einen Vorwurf machen. Denn die Wiederherstellung schadhafter Gegenstände ist für die mobile Truppe aus Mangel an Zeit oder an zweckentsprechenden Einrichtungen und sachverständigen Hilfskräften meist sehr schwierig, wie auch die Grenzen der Ausnutzbarkeit infolge äußerer Umstände oft großem Wechsel unterworfen sind. Immerhin können hier, ohne daß die militärische Leistungsfähigkeit irgendwelche Einbuße erleidet, durch gute Organisation der Abfallwirtschaft viele Millionen Werte der heimischen Volkswirtschaft erhalten und nach entsprechendem Um- oder Ausbau der geeigneten Betriebe der heimischen Industrie gerettet werden.

Von besonderer Wichtigkeit ist im Krieg die Vermehrung der vorhandenen Vorräte durch Eroberung oder Beschlagnahme in Feindesland und die darauf beruhende **Ergänzungswirtschaft**. Die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der eignen Volkswirtschaft erfordert es, technisch wertvolle Stoffe, die im Krieg in die Hände unsrer Truppen fallen, auch wenn sie nicht unmittelbar militärisch verwandt werden, sorgfältig zu sammeln. Daß für ihre Verarbeitung aber nur die eigne Wirtschaft in Betracht kommen kann, soweit es sich um Dinge handelt, die dieser nur in begrenzten Mengen zur Verfügung stehen, sollte auch selbstverständlich sein. Trotzdem dachten die Verwaltungsstellen nach der Einnahme der industriell wichtigsten Plätze Belgiens anders und planten erstlich die Zuführung aller industriell wichtigen Bestände an die darniederliegende belgische Industrie. Diese Absicht ist indessen glücklicherweise aufgegeben, und es sind Verfügungen über die Überführung der für die heimische Wirtschaft wichtigen Waren getroffen worden. Dem Truppenführer wird natürlich immer zunächst der militärische Erfolg am Herzen liegen, und deshalb besteht bei ihm in nicht unerheblichem Umfang die Gefahr ungenügender Rücksichten auf die volkswirtschaftlichen Versorgungspflichten. So hat man es leider nach der Einnahme von Antwerpen nicht zu hindern vermocht, daß erhebliche Warenmengen, an denen die deutsche Industrie zurzeit auf das lebhafteste interessiert ist, infolge des mit mehrwöchiger Verspätung erlassenen Ausfuhrverbotes in die Hände der benachbarten Holländer wanderten, und zwar zu Preisen, die diesen im Falle des Weiterverkaufes übergroße Gewinne sichern müssen. Es wird Aufgabe der Industrie sein, mit allem Nachdruck durch ihre sachkundigen Organe die zuständigen militärischen Stellen auf die jeweiligen industriegewirtschaftlichen Sonderverhältnisse aufmerksam zu machen, ihnen bezüglich der Beschlagnahme, Sammlung und Verteilung sachverständige Maßnahmen vorzuschlagen und geeignete Persönlich-

keiten zur Verfügung zu stellen, soweit dies noch nicht durch die inzwischen geschaffenen Materialversorgungsstellen geschehen sein sollte.

Die Frage der Ergänzungswirtschaft leitet hinüber zu der der Ersatzwirtschaft. Die Ermittlung von Ersatzstoffen und die Aufstellung von Grundsätzen für ihre Verwendung ist unter der Kriegswirtschaft die ureigentliche Aufgabe des Technikers und seiner Wissenschaft. Ihre Verwendung für neue technische Zwecke wird selten in Form des einfachen Austausches möglich sein, vielmehr werden die Stoffe infolge ihrer veränderten Eigenschaften meist die konstruktive Durchbildung beeinflussen, wie auch die Formgebung oder Zusammensetzung in denjenigen Anwendungsfällen neuen Normen unterliegt, wo aus zwingenden Gründen trotz der gebotenen Einschränkung nach wie vor das unter normalen Umständen benutzte Material verwandt wird.

Hier wie dort wird durch die hierzu erforderliche schöpferische Tätigkeit und durch den Bruch mit dem Althergebrachten die Erfindungsgabe angeregt und die Industrie auf neue Wege geleitet. Als ein Beispiel für die einfachste Form der Ersatzwirtschaft sei die Verwendung von Papierstoff (Textilose) an Stelle der Jute genannt, deren Zufuhr uns nahezu abgeschnitten ist. Die besondere Eigenschaft des Papiers als eines schlechten Wärmeleiters machte man sich weiter dadurch zunutze, daß man es zu wärmeschützenden Gebrauchsgegenständen, z. B. Unterkleidern, verarbeitete und so, wie auch durch die Verwendung von Fellen, die vorhandenen Wollbestände schonte. Unter Umständen eröffnet sich aber auch ganz neuen Herstellverfahren ein Feld der Entwicklung, und aus ihnen entstehen neue Industrien. Dafür finden sich Beispiele u. a. in der chemischen Industrie. Hier setzt man z. B. zurzeit besondere Erwartungen auf ein neues Verfahren zur Massenherstellung von Salpeter. Allerdings werden sich in diesem Falle, wenn es sich um kostspielige Anlagen handelt, mancherlei Schwierigkeiten für ihre Weiterverwendung nach der Rückkehr normaler Zustände geltend machen. Doch auch hier werden wir gut tun, mit einer längeren Kriegsdauer zu rechnen, um für alle Möglichkeiten gerüstet zu sein. Nötigenfalls wird die Mitwirkung der Reichsregierung zu fordern sein, um bei mangelnder Wirtschaftlichkeit im Frieden eine Sicherstellung des in solchen Anlagen angelegten Kapitals zu gewährleisten.

So kommt der Technik der Einsparung, Ergänzung und des Ersatzes gewisser zurzeit nicht beliebig vermehrbare Stoffe für den allgemein-wirtschaftlichen wie auch den militärischen Entwicklungsverlauf eine vielfach geradezu unschätzbare Bedeutung zu. In der technisch-organisatorischen Durcharbeitung aller dieser Fragen liegt eine kriegswirtschaftliche Aufgabe der Industrie und der mit ihr verbundenen Wissenschaftsgebiete, welche die nachdrücklichste Förderung beansprucht.

Wenn schon die neuartigen, vorzugsweise militärischen Bedürfnisse sowie die gänzlich verschobene Rohstoffversorgung den Wirtschaftsplan des Einzelunternehmens von Grund auf beeinflussen, so wirken daneben oft noch andere wichtige Einflüsse. Diese entspringen den unter der Kriegswirtschaft ebenfalls gänzlich veränderten Absatzverhältnissen: die alten Wege der *Ausfuhr* sind durch den Wegfall der Verkehrsverbindungen oder durch ihre Störung und Unsicherheit plötzlich unterbrochen. Um den erschwerten Bedingungen im Warenaustausch zu entsprechen, bedarf es deshalb, soweit nicht die auf dem Landweg unmittelbar erreichbaren neutralen Länder als Absatzgebiete

in Betracht kommen, einer vollständigen Neuorientierung des Handels. Wir werden jetzt die Verfrachter- und Vermittlerdienste der neutralen Länder, soweit sie nach ihren geographischen und verkehrstechnischen Bedingungen dazu geeignet sind, für den Warenaustausch mit dem sonstigen neutralen Ausland in Anspruch nehmen müssen. Eine besonders empfindliche Erschwerung bringt oft die Abänderung der bisherigen Lieferbedingungen, die jetzt mit Rücksicht auf die große Gefahr, die dem deutschen Eigentum im Seeverkehr droht, notwendig ist.

Nicht zu vergessen ist aber auch, daß jetzt der ausländische Abnehmer besonders sorgfältig behandelt werden muß, sofern zu befürchten ist, daß sich das feindliche Ausland ernstlich um seine Kundschaft bemüht. Es ist die Pflicht der deutschen Industrie und des deutschen Kaufmannes, hier die alten Beziehungen mit der größten Umsicht weiter zu pflegen, soweit sie nicht unter den gegenwärtigen Umständen unsern nationalen Interessen entgegenlaufen. Denn es hat sich gezeigt, daß das feindliche Ausland, soweit es an der Erzeugung industrieller Waren wesentlichen Anteil hat, auch vor den allergrößten Anstrengungen nicht zurückschreckt, um die Auslandsmärkte, die von uns versorgt wurden, an sich zu reißen. Das trifft besonders für die nordischen Staaten, die Mittelmeerländer sowie Nord- und Südamerika zu. Jeder, der mit dem neutralen Ausland geschäftlich zu verkehren hat, soll sich der Notwendigkeit bewußt sein, dem Abnehmer, sofern er seiner nicht vollständig sicher ist, in den Abschlußbedingungen so weit als irgend möglich entgegenzukommen, insbesondere ihm auch die Zahlung trotz der eignen angespannten Wirtschaftslage nicht ungewöhnlich zu erschweren.

Glücklicherweise kommt unser Industrie hierbei die Tatsache zu Hülfe, daß das neutrale wie das feindliche Ausland in der Versorgung mit zahlreichen Waren von Deutschland vorwiegend oder doch zum ausschlaggebenden Teil abhängig ist. Das trifft z. B. für viele Waren der chemischen und pharmazeutischen Industrie zu, u. a. für Teerfarbstoffe, auch für Rübenzucker. Unter dem Einfluß der Kriegslage wird es mitunter der heimischen Industrie sogar möglich sein, Lücken zu füllen, wo die bisherige Versorgung durch das feindliche Ausland versagt, also neue Absatzgebiete zu erschließen. Auch zeigen viele Fälle, daß selbst das nicht am Kriege beteiligte Ausland Sonderbedürfnisse hat, die aus der Kriegslage entstanden sind und die unsre Volkswirtschaft ohne militärische Bedenken erfüllen kann. In dieser Richtung Wachsamkeit und Sorgfalt zu entfalten, ist eine Aufgabe, die für jeden Industriezweig eingehendes Studium verlangt und die erfreulicherweise durch eine weitgehende sachliche Scheidung der Ausfuhrverbote und durch die Bewilligung von besonderen Ausfuhrerlaubnissen seitens der Reichsregierung nachdrücklich unterstützt wird.

Immer aber wird auch hier die Unterordnung unter wohlberechtigte Überlegungen der Landesverteidigung gefordert und anerkannt werden müssen. Gilt es einmal, die Vorräte, die nicht unabhängig vom feindlichen Ausland vermehrt werden können, für den Eigenbedarf zu schützen, so muß man andererseits dort, wo das feindliche Ausland auf den Bezug unsrer Erzeugnisse angewiesen ist, diese Abhängigkeit rücksichtslos als Waffe gebrauchen und über den Weiterverkauf der Waren, soweit die Behörden nicht dafür sorgen, sorgfältig wachen, damit sie nicht dem Feinde zustatten kommen. Stellt

auch das Gesetz Begünstigung des Feindes unter schwere Strafe, so ist es selbstverständliche Pflicht der Verkäufer, die Regierung in ihrem Bemühen, die wirtschaftliche Wehrkraft aufrecht zu erhalten und eine Begünstigung derjenigen des Gegners zu verhüten, auf das tatkräftigste zu unterstützen.

Die Vertrautheit mit den Verhältnissen des Auslandes, welche die deutsche Industrie durch ihre geschäftlichen Beziehungen erworben hat, legt ihr aber noch eine andere gegenwärtig sehr dringende Verpflichtung auf. Die jeder Wahrheit hohnsprechenden Berichte der genugsam bekannten Lügenfabriken des uns mißgünstig gestimmten Auslandes haben in der öffentlichen Meinung der Neutralen vielfach schwere Verwirrung angerichtet. Die Folgen können natürlich für den Geschäftsverkehr mit Deutschland nicht ohne Wirkung bleiben. Um hier in absehbarer Zeit eine gründliche Besserung anzubahnen und den Ruf deutscher Ware und deutschen Wesens aufs neue zu festigen, bedarf es der ausgedehnten und umsichtigen Kleinarbeit aller derer, die mit dem Auslande zu verkehren gewohnt sind, also ganz besonders auch des deutschen Industriellen. Denn das geschriebene, an den Einzelnen gerichtete Wort hat größere Überzeugungskraft als die Presse, die sich vielfach an Masseninstinkte wendet. — Indessen läßt sich diese so wichtige Aufgabe auch zu gewissem Teil mit Hilfe organisierter Gemeinschaftsarbeit lösen. Sowohl die Sammlung und Vorbereitung von aufklärendem Lesestoff und der Versand von Nachrichten, als auch die Auswertung des vom Ausland einlaufenden Materials läßt gerade diese Form des Vorgehens für bestimmte Aufgaben der Auslandsaufklärung als besonders geeignet erscheinen. Alle diese Bestrebungen sind in der Zentralstelle für Auslandsdienst¹⁾ zusammengefaßt. Ihre Tätigkeit sollte nachdrücklichst von der gesamten Industrie unterstützt werden.

Der Umschwung der äußeren Verhältnisse, den der Krieg für die Industrie bringt, bleibt auch nicht ohne starke soziale Rückwirkung. Die Frage der Fürsorge für die Familien der eingezogenen Angestellten und Arbeiter steht hier im Vordergrund. Die Beweggründe, welche die Industrie hier zu kräftigem Eingreifen veranlaßt haben, sind zunächst unzweifelhaft patriotischer Art. Die über allen Parteiinteressen stehende nationale Einheit hat in der Vorsorge für das Gemeinwohl weit über die gesetzlichen Vorschriften hinaus ziemlich allgemein ihren Ausdruck gefunden. Aber auch aus sachlichen Gründen hat die deutsche Industrie, die in so hervorragender Weise auf die Erzeugung von Qualitätswaren angewiesen ist, an der Erhaltung eines guten Arbeiterstammes und an seiner dauernden Leistungsfähigkeit besonderes Interesse. In dieser Hinsicht war für die sozialen wie für die wirtschaftlichen Verhältnisse die Wiederaufnahme der Arbeit und weiter der stetige Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Industrie von glücklichster Wirkung. Freilich ist es nicht immer dem Unternehmer möglich gewesen, seinen Betrieb unter den veränderten Verhältnissen ohne Herabsetzung der Löhne und Gehälter auch nur teilweise aufrecht zu erhalten. In solchen Fällen kam es auf das Verständnis an, das Arbeitgeber und Arbeitnehmer für ihre gegenseitige Lage haben. Wo ein solcher Eingriff notwendig war, hat es sich aber durchweg nur um Übergangsverhältnisse gehandelt. Indes auch von vorübergehenden Lohnkürzungen ist in der Industrie im ganzen wenig bekannt geworden.

1) Berlin, Wilhelmstr. 62.

Freilich wird sich bei der vielfach durchgreifenden Neuverteilung der Arbeiterschaft und den Belastungsschwankungen in den einzelnen Industriezweigen der Berufswechsel öfter nicht vermeiden lassen. Von ihm werden auch oft kaufmännische und technische Angestellte betroffen werden. Natürlich wird sich der Arbeitsnachweis immer die Aufgabe zu stellen haben, den Erwerblosen, wenn irgend zugänglich, in verwandten Berufszweigen unterzubringen. Wo dies aber nicht ermöglicht werden kann, wird sich der gelernte Arbeiter mit der Arbeit des Angelernten oder Ungelernten, der Angestellte mit der des Arbeiters zufrieden geben müssen. Dieses Sinken der Schichten wird sich, so bedauerlich es ist, im Zeichen der Kriegswirtschaft gelegentlich nicht verhindern lassen. Es wird unter Umständen eine Vermehrung der arbeitslosen Ungelernten begünstigen. Für sie hätte dann die Gemeinde zunächst mit Notstandsarbeiten einzuspringen, und in der Regel erst, sofern dies nicht möglich ist, mit Arbeitslosenunterstützung, da sie gegenwärtig durch die Sorge für die Angehörigen der Krieger, die doch in erster Linie ein Anrecht auf Unterstützung haben, meist schon sehr stark belastet ist.

Hier ist es die Aufgabe der Industrie, die Behörden nach Kräften in allen Fragen sozialer Kriegshilfe zu unterstützen. Ihr eigenstes Interesse ist es, für die zweckmäßigste Verwendung der Unterstützungsbeträge zu sorgen und ein Versinken des Einzelnen in die Unterschicht tunlichst zu verhüten. Dieser Aufgabe wird sie am ersten dadurch gerecht werden, daß sie, sofern irgendeine Möglichkeit besteht, die Stilllegungen von Betrieben verhütet und sich andererseits bemüht, einer möglichst großen Anzahl — und sei es unter Verkürzung oder Teilung der Arbeitsschicht — Beschäftigung zu verschaffen. Derjenige, der auf ein verkürztes Einkommen angewiesen ist, wird nicht so leicht ein Opfer der Mutlosigkeit und Mißstimmung wie der, welcher gänzlich arbeitslos ist. Schon deshalb liegt die Vermehrung des Arbeitsvorrats der besondern Sorge der Arbeitgeber ob. Zum Teil von dieser Erwägung geleitet, haben sich große finanzkräftige Industrieunternehmen, darunter viele sogenannte gemischte Betriebe, sofern sie unter dem Mangel an geeigneter Beschäftigung in ihren Feinverarbeitungswerkstätten gegenwärtig leiden, vielfach Erweiterungs- und Umbauplänen zugewandt, auf deren Verwirklichung bei günstiger Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Kriegslage zu rechnen ist. Alle Maßnahmen dieser Art sind in nationalem Interesse außerordentlich erwünscht. Denn wohl nichts vermag hinter der Front eines kriegführenden Volkes größeren Schaden zu stiften, als unverschuldete Untätigkeit und die aus ihr geborene Hoffnungslosigkeit seiner Bevölkerung. Es ist bekannt, einen wie großen Anteil an dem Aufschwung der deutschen Industrie im letzten großen Teilabschnitt die geistige und wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft gehabt hat. Die Aufrechterhaltung ihrer Leistungsfähigkeit ist deshalb in Erwartung der neuen Aufgaben, die uns ein glücklicher Kriegsausgang bringen wird, eine Pflicht der Industrie gegen sich selbst von besonders dringlicher Art. Darauf gerichtete Bestrebungen werden auf die Dauer auch bei der Arbeiterschaft das erwünschte Verständnis finden müssen. Viele Zeichen aber deuten darauf hin, daß die Zukunft der deutschen Industrie und damit die des neuen größeren Deutschlands von der Entwicklung und Vertiefung der Gegenseitigkeitsbeziehungen von Arbeiter und Arbeit-

geber, von dem Vertrauen, das man sich gegenseitig entgegenbringen kann, sein wird. Bestrebungen der Art werden auch unmittelbar den kriegswirtschaftlichen Aufgaben der Zeit zugute kommen können, wenn sie dazu benutzt werden, Aufklärung über die kriegswirtschaftlichen Pflichten eines jeden hinter der Front in grundlegenden allgemein-wirtschaftlichen Fragen, z. B. der Ernährung und anderer Einzelheiten der Lebensführung, zu verbreiten.

Nicht nur für Unternehmer und Arbeiterschaft, sondern auch für die Unternehmer unter sich ist die Überwindung der Gegensätze und die auf der Anerkennung der nationalen Interessengemeinschaft beruhende Zusammenarbeit in allen wirtschaftlichen Fragen heute die Grundbedingung jeder erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiet der inneren Kriegswirtschaft. Bei der Ausrichtung jeder Art wirtschaftlichen Tuns auf die Steigerung der kriegswirtschaftlichen und militärischen Leistungsfähigkeit ist die sorgfältig geregelte und peinlich durch Selbstkontrolle überwachte Gemeinschaftsarbeit das weitaus wirkungsvollste Heilmittel. Man rühmt uns Deutschen eine besondere Befähigung zur Organisation nach. Sicherlich nicht zu unrecht, denn der Hochstand unsrer Allgemeinbildung und die zwingende Not bei den verhältnismäßig ungünstigen physikalischen und geographischen Voraussetzungen des deutschen Wirtschaftslebens schufen eine Grundlage, die einem gemeinsamen planmäßigen Vorgehen günstig sein mußte. Doch noch nie dürften wir vor organisatorischen Aufgaben von auch nur annähernd so weittragender Bedeutung gestanden haben wie jetzt im Zeichen des Krieges, wo alles davon abhängt, einerseits die vorhandenen wirtschaftlichen, physischen und moralischen Kräfte auf den Enderfolg mit voller Wirkung einzuschalten und andererseits sie so zu nutzen, daß sie sich ohne Gefahr für ihre Gesundheit und dauernde Leistungsfähigkeit mit einem Mindestmaß von Verlust betätigen.

Die Organisationsfrage war zunächst für die Verteilung der durch die militärischen Lieferungen neu gebotenen Arbeitsmengen von großer Wichtigkeit. Die Störung der Verkehrsverhältnisse hatte es mit sich gebracht, daß in den ersten Tagen nach der Mobilmachung, wie schon erwähnt, bei der Vergebung von Militärlieferungen vielfach die den vergebenden Stellen geographisch unmittelbar benachbart liegenden Betriebe bevorzugt wurden. Die Benachteiligung, die so die abseits gelegenen Betriebe erlitten, mußte billigerweise später durch entsprechende Rücksichtnahme der vergebenden Stellen wieder ausgeglichen werden. Jedoch auch dies hatte seine Schwierigkeit, da diejenigen, welche die ersten großen Aufträge übernommen hatten, sie vielfach in Teil- und Unterlieferungen weiter vergeben und sich mehr oder weniger auf den Zwischenverdienst beschränkt hatten. Da seitens der vergebenden Behörden nicht zu Unrecht auf die schnelle Erledigung und leichte Überwachung der Bestellungen und ihrer Ausführung Wert gelegt wurde, war es Sache der Industrie, hier die geeigneten Organisationen zu schaffen, um das Gesamtinteresse der einzelnen Industriezweige gegenüber den vergebenden Stellen nachdrücklich zu vertreten. Zu dieser Organisation der Zentralstellen, die bei der Deckung von Militärbedürfnissen die Vertretung ganzer Industriezweige ausüben, bedurfte es der Verständigung untereinander über die Preise, über die Verteilung der Aufträge, ihre Ausführung und Abrechnung seitens der Einzelunternehmung. Da sich die bestehenden Fachverbände nur selten

für die Übernahme aller dieser Aufgaben eignen, entwickelten sich solche insbesondere zur Übernahme von Kriegslieferungen geeignete Vereinigungen leider nur langsam. Die Zentrale zur Kriegslieferung von Tabakfabrikaten war die erste Schöpfung dieser Art. Sie kam unter unmittelbarer Mitwirkung der Reichsbehörde zustande und stellt die Gesamtheit aller deutschen an der Tabakverarbeitung interessierten Kreise dar. Sie vereinfacht nicht nur den Vergebungsvorgang außerordentlich, sondern schaltet auch den Zwischenhandel vollkommen aus, der im Jahre 1870/71 die Preise gewaltig gesteigert und die Heeresverwaltung schwer belastet hat. Dem Beispiele der Tabakfabrikanten folgten bisher die an der Zigaretten-, Schokoladen- und Leinenindustrie beteiligten Kreise, sowie zahlreiche örtliche Interessengruppen, wie z. B. bei der Tuchindustrie.

Aber auch auf dem Gebiete der allgemeinen Tätigkeit schlug der Organisationsgedanke im Geschäftsleben unter dem Eindruck des Krieges kräftig Wurzel. Fast sämtliche Fachorganisationen, die an der wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Industrie in so hervorragender Weise mitgearbeitet haben, wandten sich unverzüglich den besonderen Aufgaben der Kriegswirtschaft zu, bildeten Kriegsausschüsse, suchten in emsiger Kleinarbeit den veränderten Wirtschaftsaufgaben ihrer Sonderzweige gerecht zu werden und alle die Beziehungen aufzunehmen, die zur eignen Aufklärung dienen und für die Vertretung gemeinsamer Interessen gegenüber der Regierung und andern Wirtschaftskreisen nützlich sind. Die allgemeine Vereinigung der spezifisch industriellen Interessen stellte der Zusammenschluß des Centralverbandes Deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen zum Kriegsausschuß der deutschen Industrie dar²⁾. Seine Wirksamkeit wurde durch die Bestellung zweier amtlicher Vertreter wesentlich gefördert. Neben den zahlreichen Fachorganisationen, die fast alle in Fühlung mit dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie arbeiten, entstanden viele Interessenzusammenschlüsse von örtlicher Bedeutung, die sich auch ihrerseits um die Zusammenarbeit mit den fachlichen und amtlichen Organisationen nach Kräften bemühten.

Mit Befriedigung sehen wir auch in unsrer Industrie unter der Kriegswirtschaft, ähnlich wie bei der einheitlichen Erhebung des gesamten deutschen Volkes, überall das Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung zum Wohle des großen Ganzen und nach einem auch im einzelnen fruchtbringenden Ausgleich mancher einander widerstrebenden Interessen. Solche einsichtige Bemühungen vermögen aber erst dann den großen national-wirtschaftlichen Erfolg zu sichern, wenn auch die Regierung mit ihren sämtlichen Organen von dem überragenden Wert einmütiger Zusammenarbeit mit sachverständigen und geschäftserfahrenen Vertretern der Berufstände vollkommen durchdrungen ist. Mögen die Erfolge des allgemeinen Zusammenwirkens unter der Kriegswirtschaft auch für die Folge anregend für die Behandlung der wichtigen äußeren und inneren Aufgaben sein, deren Lösung auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit dem neuen größeren Deutschland noch bevorsteht.

²⁾ Vergl. „Technik und Wirtschaft“ 1914 S. 761.



VOLKSERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT IN DER KRIEGSZEIT.

Von Geh. Reg.-Rat Professor Dr. A. FRANK, Charlottenburg.

In dem uns aufgezwungenen Kampfe für die höchsten geistigen und materiellen Güter Deutschlands hat nicht nur unser Volk in Waffen, sondern auch jeder im bürgerlichen Leben und Beruf Stehende alle Kraft und alles Wissen für Sicherung, Erhaltung und Mehrung des bisher Erreichten einzusetzen. Wenn wir uns angesichts der an Zahl übermächtigen Gegner auch keineswegs verhehlen, daß es trotz der bisher von uns im Kampf erzielten großen Erfolge noch langen Ringens bedarf, um zu dem gewollten und sicher erwarteten Ziel eines dauernden und ehrenvollen Friedens zu gelangen, so ist es gerade deshalb geboten, nicht nur die uns zur Verfügung stehenden Kräfte und Hilfsmittel kühl und besonnen abzuschätzen und richtig einzuteilen, sondern auch da, wo es das Gemeinwohl erfordert, durch Verzicht auf bisher gewohnte kleinere aber nicht unbedingt notwendige Lebensbedürfnisse das eigene Behagen dem öffentlichen Wohl unterzuordnen.

Gerade in Deutschland können wir solche vorübergehenden Opfer um so leichter bringen, als besonders bei uns die innige Verbindung der Wissenschaft mit Technik und Landbau die sichere Gewähr bietet, daß, wie ein zeitweise auftretender Mangel für uns stets die beste Anregung zur Erschließung neuer Hilfsmittel gewesen ist, Gleiches auch in Zukunft zu erwarten sein wird.

Nachdem über die in dieser Richtung von der Industrie eingeschlagenen Wege hier¹⁾ bereits berichtet ist, sollen im Nachfolgenden in kurzen Zügen die Hilfsmittel besprochen werden, die der deutschen Landwirtschaft und der für sie tätigen Technik für die Zeit des großen Kampfes und für die Milderung seiner Folgen zur Verfügung stehen, weil unsre Gegner gerade hier mit einem unsrer Volksernährung und damit unserm gesamten Wirtschaftsleben drohenden Mangel rechnen.

Bei seiner Begründung im Jahre 1871 hatte das neue Deutsche Reich auf einer Gesamtfläche von 540 596 qkm eine Einwohnerzahl von rd. 41 Millionen. Diese Einwohnerzahl hat sich bei unveränderter Bodenfläche dank der durch friedliche und fleißige Arbeit geförderten Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft bis zum Jahre 1913 auf 67 Millionen, also um rd. 63 vH erhöht. Während nun aber der für Ackerbau nebst Garten- und Weinbau in Anspruch genommene Anteil von 48,8 vH des deutschen Landgebietes durch Neukulturen kaum wesentlich vergrößert worden ist, hat sich dank der Mitwirkung der deutschen Wissenschaft und namentlich dank Liebig's unsterblichen Forschungen und der verständnisvollen Anwendung, die unsre deutschen Landwirte sowohl im Großgrundbesitz, wie im Bauernstande davon machten, der Ertrag unsrer Felder nahezu im gleichen Maße wie die Bevölkerungszahl gesteigert.

¹⁾ Vergl. H. Großmann, Die deutsche chemische Industrie und der europäische Krieg, T. u. W. 1914 S. 817.

Nach den von Dr. Kubierschki bei der Versammlung des Vereines deutscher Chemiker in Breslau 1913 auf Grund der erst aus den letzten drei Jahrzehnten vorliegenden genauen statistischen Erhebungen gemachten Mitteilungen stellte sich der durchschnittliche Ernteertrag, bezogen auf 1 ha,

für Weizen im Jahre 1879 auf	9,3 dz,
» » » » 1908 »	16,3 » , also rd. 75 vH höher
» Roggen » » 1879 »	12,6 » ,
» » » » 1908 »	19,8 » , also rd. 60 vH höher
» Gerste » » 1879 »	12,9 » ,
» » » » 1908 »	18,9 » , also rd. 46,5 vH höher
» Hafer » » 1879 »	10,9 » ,
» » » » 1908 »	18,2 » , also rd. 67 vH höher,

und in gleich günstigem Verhältnis haben sich die Erträge bei Hackfrüchten, Futterkräutern und Wiesen gesteigert.

Schritthaltend mit der Erhöhung der Ernten und mit der zunehmenden Nachfrage stiegen auch die Viehbestände, deren Zählung

im Jahr		
1873	15,777	} Mill. Rinder
1912	20,159	
1873	7,124	} Mill. Schweine
1907	23,140	
1912	21,885	
1913	25,000	

ergab, wobei noch die durch Verbesserung der Rassen und der Fütterung erhöhte Menge und Güte des Fleisches außer Betracht gelassen ist.

Wenn nun auch die erhöhte Erzeugung an Brotfrüchten mit dem mit der Bevölkerungszunahme wachsenden Bedarf ungefähr Schritt hielt, so war es doch nicht möglich, auch die bei so starker Vermehrung der Viehbestände nötige Gewinnung von Futtermitteln so rasch zu steigern, und infolgedessen stellte sich namentlich in den letzten beiden Jahrzehnten die Notwendigkeit heraus, hierfür große Massen von Futterstoffen vom Ausland einzuführen. Nach einer Schätzung der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft stellt sich der Gesamtwert der für Erhaltung des deutschen Viehstandes nötigen Futtermittel auf 6 Milliarden M, und von dieser Summe haben wir reichlich 1 Milliarde für die Einfuhr von Futtermitteln an das Ausland zu entrichten. Von den Hauptzahlen dieser Einfuhr führe ich nach dem Jahresbericht der Handelskammer von Berlin sowie nach den Angaben der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft an, daß für das vergangene Jahr 1913 die Menge der Einfuhr von wesentlich zur Viehfütterung benutzten Rohstoffen betrug:

	Millionen dz
Futtergerste	30,87
Kleie	14,14
Mais	9,186
Reisabfälle, Erbsen, Futterbohnen, usw.	9
Oelkuchen	7,9

Hierzu kommt noch die Menge der aus eingeführten Ölsaaten gewonnenen Ölkuchen mit rd. 7 Mill. dz.

Da uns diese und andere Zufuhren durch die Schließung der feindlichen Grenzen oder durch Hemmung der Seeschifffahrt nahezu ganz abgeschnitten sind, so ist es ein besonders glücklicher Umstand, daß die letzte deutsche Kartoffelernte, wenn auch nicht ganz so reichlich wie die vorjährige von 540 Mill. dz, doch bei einem Ertrage von 470 Mill. dz den zehnjährigen Durchschnitt Deutschlands von 448 Mill. dz noch um 22 Mill. übersteigt. Von unsrer letzten Ernte sind nun für den nächstjährigen stark zu erhöhenden Kartoffelanbau 90 Mill. dz gegenüber der sonstigen etwa 70 Mill. dz betragenden Saatmenge zurückzubehalten. Von den dann verbleibenden 380 Mill. dz entfallen nach normalem Verbrauch für die menschliche Ernährung 130 Mill. dz, für Viehfütterung 163 Mill. dz, für industrielle Zwecke, wie zur Stärkegewinnung und für die etwas eingeschränkte Spiritusbrennerei 40 Mill. dz, während ein Betrag von 10 vH der Gesamternte, also 47 Mill. dz, für den erfahrungsmäßig festgestellten Verlust durch Fäulnis und sonstige Schädigungen angenommen werden muß. Diese für uns unter den jetzigen Verhältnissen sehr empfindliche Einbuße, ebenso wie die nicht minder bedeutsame, welche bei dem stets im Frühjahr eintretenden Zurückgehen des den Hauptnährwert der Kartoffel bildenden Stärkegehalts entsteht, läßt sich aber wesentlich vermindern durch das jetzt bei uns mit aller Energie aufgenommene und von der Staatsregierung auch durch Geldmittel kräftig unterstützte Verfahren der Kartoffeltrocknung. Da Kartoffeln mittlerer Güte durchschnittlich 24 vH Trockenbestandteile (wovon 18 bis 19 vH auf Stärke kommen) neben 76 vH Wasser enthalten, so ergeben 350 bis 400 kg Rohkartoffeln 100 kg Trockenkartoffeln mit einem entsprechend erhöhten Nährwerte, der nach den vielfach angestellten Fütterungsversuchen nicht nur dem der Futtergerste ziemlich gleich kommt, sondern auch namentlich in der sehr appetitlichen Form der Kartoffelflocken einen selbst für die menschliche Ernährung durchaus geeigneten Stoff bietet. Er ist als Zusatz beim Brotbacken ja auch schon jetzt eingeführt.

Nachdem sich die lang empfohlene Herstellung der Trockenkartoffel in jetziger Kriegszeit rasch verbreitet und entwickelt hat, ist auch mit Sicherheit zu erwarten, daß sich diese jüngste landwirtschaftliche Industrie auch in den hoffentlich bald kommenden Friedensjahren in genossenschaftlicher Form immer weiter ausdehnen wird. Hierfür kommt dann noch weiter in Betracht, daß der Anbau der Kartoffeln gerade im östlichen Deutschland und des ferneren auf den jetzt für die Kultur so energisch in Angriff genommenen Moor- und Heidegebieten besonders sicher und lohnend ist, daß ferner in den Torflagern unserer Moore gleich der für die Trocknung nötige Brennstoff gewonnen und damit für die dortigen Kolonisten eine weitere Arbeitsgelegenheit geboten wird.

Von den andern in großer Anzahl empfohlenen und vielfach bereits erprobten Ersatzstoffen für die uns jetzt entzogenen ausländischen Futtermittel erwähne ich hier nur als den wichtigsten die Zuckerrübe und die verschiedenen Neben- und Abfallerzeugnisse der Rübenzuckererzeugung, wie Trockenschnitzel und zahlreiche unter Zusatz von Melasse hergestellte Futterstoffe. Die von mancher Seite angeregte Einschränkung der Zuckerherstellung auf Gewinnung des ersten Produktes erscheint mir dagegen aus technischen wie aus wirtschaftlichen Gründen wenig empfehlenswert, da hierdurch nicht allein die großen Kapitalien, die in unsern Zuckerfabriken zum Zweck einer wirtschaft-

lichen Ausnutzung der Stoffe angelegt sind, zinslos gemacht würden, sondern auch weil der fertige Zucker ein viel konzentrierteres und in Verbindung mit andern für die menschliche Ernährung dienenden Stoffen in weit größerer Ausdehnung direkt assimilierbares Nahrungsmittel ist, während uns von den Zuckerstoffen, die wir zuerst durch den Tierkörper schicken, nur ein mäßiger Bruchteil in Form von Fett usw. zugute kommt.

Als eine jetzt besonders wichtige Aufgabe wissenschaftlicher und technischer Forschung möchte ich hier noch bezeichnen: die Nutzbarmachung der bei der Herstellung der Sulfitzellulose mit den Kochlaugen bisher in der gewaltigen Menge von 6 Mill. dz den Flüssen oft zur großen Belästigung der Anlieger zugeführten organischen, zuckerhaltigen, aus der Interzellulärschubstanz des Holzes gebildeten Stoffe. Obgleich die von Stutzer in Königsberg, Lehmann in Göttingen und mir schon seit Jahren angestellten diesbezüglichen Versuche bisher noch zu keinem praktischen Ergebnis geführt haben, lassen die neueren Forschungen von Koenig, Münster, ein solches doch jetzt erhoffen und sind deshalb besonderer Beachtung wert.

Wenn bei dem bisherigen vollen Bedarf für unsre gesteigerte Nutztierhaltung und Ernährung immerhin gewisse Schwierigkeiten zu überwinden sein werden, so liefert uns die Erzeugungs- und Einfuhrstatistik der für die unmittelbare menschliche Nahrung dienenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse, also des Brotgetreides, die Gewißheit, daß wir dabei keinerlei Besorgnis Raum zu geben brauchen.

Nach allen vorliegenden Berichten kommt die Menge der diesjährigen deutschen Getreideernte der durchaus befriedigenden vorjährigen gleich. Diese betrug nach statistischen Ermittlungen

für Weizen 46,56 Mill. dz

„ Roggen 122,224 „ „

An Güte, namentlich hinsichtlich Klebergehalt und Schwere des Kornes, übertrifft aber der Roggen von 1914 noch den vorjährigen.

Im Jahre 1913 wurden nach Deutschland eingeführt 25,4 Mill. dz Weizen, während die deutsche Ausfuhr nur 5,4 Mill. dz Körner sowie 1,946 Mill. dz Weizenmehl, entsprechend 2,432 Mill. dz Körner, also zusammen 7,832 Mill. dz Körner betrug. Günstiger stellt sich das Verhältnis bei unsrer Hauptbrotdrucht, dem Roggen, der gegenüber einer Einfuhr von 3,5 Mill. dz eine Ausfuhr von 9,3 Mill. dz Körner und 2,25 Mill. dz Roggenmehl, entsprechend 3 Mill. dz Körner, also zusammen 12,3 Mill. dz Körner betrug, was also einen Überschuß unsrer Ausfuhr von 8,8 Mill. dz zeigt. Da im jetzigen Kriegsjahr die Getreideausfuhr verboten ist, so verbleibt nicht nur diese Menge von rd. 9 Mill. dz unsrer Volksernährung, sondern daneben auch noch die sehr großen Mengen von Roggen, die sonst in der Form von Roggenschrot für Futterzwecke benutzt wurden, eine Verwendung, die jetzt durch besondere gesetzliche Vorschrift für alle mahlfähigen Roggenarten untersagt ist. Weiter ist dann durch die ebenfalls angeordnete bessere Ausmahlung des Kornes eine höhere Ausbeute an Mehl gesichert, die zusammen mit dem schon erwähnten diesjährigen höheren Kleber- und Proteingehalt des Getreides die reichliche Versorgung mit zwar etwas dunklerm, dafür aber auch kräftigerem und nahrhafterem Brot sichert und damit den bei der Weizeneinfuhr entstehenden Ausfall um so befriedigender deckt, als der in den letzten Jahrzehnten sehr rasch gestiegene

Bedarf an Weizen nur einem Luxusverbrauch von Weißbrot dient, der ohne Schaden für die Volksernährung und Volksgesundheit eingeschränkt werden kann und soll.

Noch günstiger als für die Broteschaffung stellt sich an der Hand der vorher bezüglich der raschen Vermehrung unsres Viehstandes gemachten Angaben die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch.

Nach einer von Geheimrat Professor Rubner, Berlin, in Nr. 40 der Deutschen Medizinischen Wochenschrift veröffentlichten Abhandlung über „Die Volksernährung im Kriege“ nimmt Deutschland zurzeit im Fleischverbrauch unter allen europäischen Staaten den höchsten Platz ein. Es beträgt nämlich nach Rubners Angaben der Fleischverbrauch auf den Kopf jährlich

in Deutschland	52,3 kg
» England	47,6 »
» Frankreich	33,6 »
» Belgien und Holland	34,3 »
» Oesterreich-Ungarn	29,9 »
» Rußland	21,6 »
» Italien	10,4 »

Nicht genug mit dieser für den deutschen Verbrauch ermittelten höchsten Durchschnittszahl ergeben aber die für einzelne Großstädte wie Berlin, München, Nürnberg usw. festgestellten Ziffern, daß dort auf den Kopf (Kinder und Säuglinge eingerechnet) der Fleischverbrauch jährlich sogar 66 bis 74 kg beträgt; neben einem solchen, mit allen Regeln einer vernünftigen und gesunden Ernährung unvereinbaren Überverbrauch geht dann gerade in den Großstädten noch die Verwüstung der Millionenwerte, die in den Küchenabfällen ungenutzt und unbeachtet auf den Müllhaufen gelangen. Allein mit den Küchenabfällen Groß-Berlins von Kartoffeln, Gemüse, von Brot- und Speiseresten, wie Fett, Fleisch und Knochen, könnten nach mäßiger Schätzung jährlich 250 000 Schweine unter Zusatz von etwas Kraftfutter marktfähig großgezogen werden, d. h. also rd. 20 vH der auf dem Berliner städtischen Schlachthof im Jahre 1913 geschlachteten 1,18 Mill. Schweine, für deren Aufzucht und Mastung wir jetzt ebenfalls die Einfuhr ausländischer Futterstoffe brauchen. Jedenfalls erscheint auf Grund der Rubnerschen Ermittlungen auch ein durch das Fehlen solcher ausländischen Futterstoffe usw. herbeigeführter vorübergehender Rückgang in unsrer Mastviehhaltung und in unsrem Fleischverbrauch kaum denklich.

Als hochwillkommene Ergänzung zum Brot, Fleisch und Fett kommen uns in Deutschland dann noch die durch das Verbot der Ausfuhr nach feindlichen Ländern zurückgehaltenen und in der Kampagne 1914/15 weiter aufgesammelten großen Vorräte an Rübenzucker bestens zustatten. Von dem im Betriebsjahr 1913/14 gewonnenen rd. 27 Mill. dz Rohzucker sind nur 14,5 Mill. dz für den inländischen Bedarf verbraucht worden, während 10,5 Mill. dz zur steuerfreien Ausfuhr ins Ausland, namentlich nach England gelangten, während der Rest hier auf Lager blieb. Die diesjährige gute Rübenernte läßt wiederum einen Ertrag von 26 Mill. dz Rohzucker erwarten, wovon dank der jetzt verfügbaren Ausfuhrbeschränkung nur der kleine Betrag von 3 bis 4 Mill. dz an das befreundete Ausland abgegeben wird, so daß für den inländischen Bedarf etwa 25 Mill. dz Rohzucker und daneben noch 4 bis 5 Mill. dz Melasse verbleiben.

Die Anschauung, daß Zucker eine Luxusware sei, ist ja dank wissenschaftlicher Forschung und praktischer Erfahrung längst überwunden, aber während in Deutschland der Zuckerverbrauch seit 1870, wo er 5 kg auf den Kopf betrug, bis 1890 auf 10 und bis 1913 auf 21 kg stieg, hat er in England infolge der dort bereits 1874 eingeführten Steuerfreiheit die Höhe von 40 kg pro Kopf erreicht und bildet dort in Form von Fruchtmarmeladen und Jams ein wichtiges Volksnahrungsmittel, das namentlich als billiger Ersatz für Fette voll gewürdigt wird, da 2 kg Zucker in bezug auf Ernährung und Energieleistung dieselbe Wirkung ergeben wie 1 kg Butter. In Berücksichtigung dieses Umstandes wäre meines Erachtens eine Herabsetzung der deutschen Zuckersteuer gerade unter den jetzigen Kriegsverhältnissen wohl ernster Erwägung wert, um so mehr, als bei Beginn des Krieges ja auch die Eingangszölle für andre Nahrungsmittel beseitigt sind und außerdem der von uns bisher für das Ausland gelieferte Zucker ja auch keine Steuereinnahme gebracht hat.

Auch die sehr lästigen und hemmenden Steuervorschriften über die Denaturierung des für Viehfütterung bestimmten Rohzuckers erfordern dringend eine Nachprüfung, und es wäre bei dieser Gelegenheit wohl auch in Betracht zu ziehen, ob derjenige Zucker, welcher zur Herstellung der als Ersatz für Butter und Margarine für die Volksernährung so wertvollen Marmeladen dient, nicht unter gewissen Bedingungen ebenfalls steuerfrei belassen werden könnte. Jedenfalls dürfte es auch unsrer Rübenzuckerindustrie nur willkommen sein, wenn sich für ihr Erzeugnis auf dem inländischen Markt dauernd eine volle Verwendung böte, wobei zugleich ein Teil der großen Summen, die wir jetzt für die Einfuhr der zur Margarineherstellung nötigen Fette und Öle an das Ausland zahlen, dem inneren Markt erhalten bliebe.

Wie bei den vorstehend besprochenen wichtigsten Nahrungsmitteln, zeigt eine nähere Prüfung, daß auch die Versorgung mit den übrigen im bürgerlichen Haushalt gewohnten und erwünschten wohl ebenso zu ermöglichen ist, wie im einzelnen Notfall ihr Ersatz durch gleichwertige einheimische Erzeugnisse.

Wenn wir so betreffs des bis zur nächsten Ernte Nötigen bei richtigem Haushalten mit unsern Vorräten durchaus beruhigt sein können, so erfordert eine verständige Voraussicht, daß wir auch alles tun, um die Erträge des deutschen Ackerbaues auch für das kommende Wirtschaftsjahr 1915/16 mindestens auf der bisherigen Höhe oder im entsprechenden Fortschreiten zu erhalten. Die Steigerung unsrer Erzeugung innerhalb der letzten vier Jahrzehnte beruht zunächst auf der verbesserten Bodenkultur, die durch tieferes Pflügen usw. größere Mengen des Ackers der Verwitterung und somit dem Pflanzenwachstum erschloß, und weiter auf den durch ausgedehnte Zufuhr künstlicher Düngemittel erhöhten und gesicherten Ernten.

Was nun die diesjährige Ernte wie auch die Herbstbestellung unsrer Äcker betrifft, so ist diese nach allen vorliegenden Berichten, ungeachtet der im August eingetretenen Mobilmachung und dank der günstigen Herbstwitterung, in vollkommen normaler Weise vor sich gegangen, und die bisherigen Feststellungen über den Stand der Wintersaaten lauten ebenfalls sehr befriedigend. Auch für das Frühjahr können wir trotz der inzwischen weiter eingetretenen Einberufung zahlreicher Arbeitskräfte gleiches erwarten, da die gerade in den letzten Jahren in ausgedehntem Maß auch bei dem Kleinbetrieb vor-

genommene Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen die Ackerbestellung nicht nur an sich erleichtert, sondern dafür auch die Verwendung minder geschulter Kräfte ermöglicht. Als ein besonders glücklicher Umstand kommt hierzu noch die erst der letzten Zeit angehörige, besonders durch Rücksicht auf die Landwirtschaft bedingte Begründung einer großen Anzahl elektrischer Überlandkraftwerke, durch die nun auch Ersatz für den durch den Heeresbedarf etwa hervorgerufenen Mangel an Zugvieh geschaffen werden kann.

Zu der durch verbesserte Kultur erhöhten Leistungsfähigkeit des Ackerbodens tritt aber dann als zweiter und bedeutsamster Umstand noch die Anwendung künstlicher Düngemittel oder Pflanzennährstoffe, von denen als die besonders von der Industrie für diesen Zweck gelieferten hier nur Kali, Phosphorsäure und Stickstoff erörtert werden sollen.

Für Kali hat Deutschland, wie bisher, so hoffentlich auch für die fernere Zukunft das Weltmonopol für die Versorgung der Landwirtschaft. Die deutsche Förderung von Kalisalzen, die im Jahre 1861, als ich die industrielle Ausnutzung der Staßfurter Kalisalze begann, 22 930 dz betrug, ist aus den inzwischen neu erschlossenen zahlreichen Kalibergwerken auf rd. 116 Mill. dz im Jahre 1913 gestiegen. Von den aus dieser Kalisalzgewinnung erhaltenen Erzeugnissen, die im Jahre 1913 einen Gesamtgehalt von 11,1 Mill. dz Kali (K_2O) hatten, wurden an die Industrie geliefert 1,064 Mill. dz Kali, während auf den Verbrauch der Landwirtschaft 10,039 Mill. dz, also rd. 91 vH der Gesamterzeugung kamen. Davon entfielen

auf Deutschland allein	5,361 Mill. dz = rd. 48,3 vH
» die Vereinigten Staaten von Nordamerika	2,316 » » = » 21 »
» Großbritannien und Irland	235 000 » = » 2,1 »
» Frankreich	331 000 » = » 3 »

und auf die unser Ausfuhr auch während des Krieges nicht verschlossenen europäischen Länder, wie Österreich, Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Italien, 1,421 Mill. dz = rd. 12,8 vH unsrer Gesamterzeugung an Kalierzeugnissen.

Wenn nun auch der deutsche Kalibergbau durch die teilweise eingetretene Hemmung der Ausfuhr, namentlich derjenigen nach den Vereinigten Staaten, eine nicht unbeträchtliche Einbuße erleidet, so ist es hierbei doch ein gewisser Trost, daß die mangelnde Versorgung der Landwirtschaft in solchen Gebieten, denen durch den Krieg die Kalizufuhr zeitweise abgeschnitten ist, dort die Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit dieses so wichtigen Pflanzennährstoffes erhöht und dadurch eine Steigerung des Verbrauches für spätere Zeiten vorbereitet und sichert. Innerhalb Deutschlands ist trotz mancher in den ersten Kriegsmonaten unvermeidlichen Störungen des Eisenbahnverkehrs die Versorgung für die Frühjahrbestellung wohl gesichert, doch wäre es vielleicht eingehender Prüfung wert, ob nicht durch ausgedehntere Verwendung der von der Kaliindustrie hergestellten konzentrierten Kalidüngesalze mit 38 vH und höherem Kaligehalt die rechtzeitige Beschaffung und Aufbringung der Kalidüngemittel noch gefördert oder erleichtert werden könnte. Neben der der Landwirtschaft zugute kommenden Ersparnis für Verpackung, Frachten, Abfuhr- und Bestellkosten würde damit auch der Kaliindustrie der Vorteil erwachsen, daß sie ihre bisher für Versorgung der entfernteren und der Ausfuhrgebiete benutzten chemischen Fabriken, die jetzt vielfach still liegen, auch für den inländischen

Markt im Betrieb halten, und damit vielen Arbeitskräften wie auch dem Kohlenbergbau usw. Beschäftigung geben könnte.

Während wir nun beim Kali über eigene unerschöpfliche Vorräte verfügen, sind wir bei dem zweiten wichtigen Düngemittel, den Phosphaten, nicht ganz so unabhängig. Wohl hat unsere Landwirtschaft dank der beherrschenden Stellung und Ausdehnung, zu der das basische Stahlgewinnungsverfahren gerade in Deutschland gelangt ist, in der Thomasschlacke wie auch in den freilich etwas minderwertigen Martinschlacken ein besonders für die Phosphatversorgung ärmerer Böden wertvolles Düngemittel gewonnen, dessen Gesamt-erzeugung sich auf rd. 35 Mill. dz beläuft, wovon die Hauptmenge mit 25 Mill. dz in Deutschland verwendet wird. Dagegen sind wir bei der Herstellung der für intensivere Kulturen bisher unentbehrlichen Superphosphate mangels eigener reicher Phosphaterze nahezu vollkommen auf die zumeist überseeische Einfuhr aus Nordamerika, Algier und Tunis und den Inseln des Stillen Ozeans angewiesen, und die Gesamtsumme unsrer Einfuhr betrug im Jahre 1913 9,295 Mill. dz.

Auch bei dem zweiten für die Superphosphatherstellung nötigen Hilfsstoff, der Schwefelsäure, sind durch Hemmung der Zufuhr von spanischen, portugiesischen und nordischen Schwefelkiesen Störungen entstanden, die bisher freilich nur in Form der von den Schwefelsäurefabriken erhöhten Preise in die Erscheinung traten. Immerhin ist Abhilfe hierfür durch gesteigerte Förderung von Meggener Kiesen zu schaffen.

Da gerade die Phosphate in Form von Knochenmehl, Knochenasche, sowie von Guano und schließlich von Superphosphaten die älteste Form der künstlichen Düngemittel darstellen, die mit Rücksicht auf ihren lohnenden Erfolg stets sehr reichlich verwandt wurde — in Deutschland durchschnittlich mit 0,8 dz auf 1 ha gegen 0,18 dz in Österreich-Ungarn —, so haben namhafte Agrikulturchemiker bei uns die Ansicht ausgesprochen, daß bei der durch diese dauernde und reichliche Phosphatgabe erzielten Versorgung unserer Äcker die einmalige Beschränkung im Gebrauch des Superphosphates bei der nächsten Frühjahrsbestellung weniger Bedenken habe. Ohne auf die Erörterung dieses immerhin unerwünschten Aushilfsmittels einzugehen, möchte ich hier noch darauf hinweisen, daß sich in den jetzt unter deutscher Herrschaft stehenden belgischen Gebieten in den Bezirken von Lüttich und Hennegau, in letzterem namentlich im Bezirk von Mons, wertvolle Lager von Phosphaten finden, aus denen im Jahre 1907 bereits 2,34 Mill. dz und 1910 3,94 Mill. dz gefördert worden sind. Wenn auch über die folgenden Jahre bis 1913 zuverlässige Angaben nicht vorliegen, so ist eine weitere Erhöhung der Ausbeute doch sicher anzunehmen, wie denn auch die Einfuhr solcher belgischen Phosphate nach Deutschland im Jahre 1912 die Summe von 630 000 dz und 1913 von 534 000 dz erreichte, obgleich diese belgischen Phosphate und Phosphatmergel infolge ihres hohen Gehalts an kohlen-saurem Kalk für die Herstellung der in Deutschland beliebteren hochhaltigen Superphosphate weniger geeignet sind, als die bei uns wegen ihres höheren Gehalts an phosphorsaurem Kalk meist benutzten überseeischen Phosphate. Da die belgischen Phosphatgebiete von Lüttich und Mons infolge des Krieges jetzt unter deutscher Verwaltung stehen, so ließe sich durch Vervollkommnung der bisher sehr einfachen Förderung nicht nur eine erhöhte Gewinnung, sondern auch mittels geeigneter chemischer Verfahren eine Anreicherung des

Phosphatgehaltes wohl unschwer erzielen. Ebenso könnte bei der Aufschließung die jetzt teurer gewordene Schwefelsäure teilweise durch Salzsäure ersetzt werden, ein Verfahren, das Ende der 50er Jahre bei Aufschließung von Knochenkohle von mir und andern vielfach benutzt wurde und durchaus befriedigende Ergebnisse lieferte. Bei Mangel konzentrierter Salzsäure aus dem Sulfatverfahren ließe sich hierfür elektrolytisch gewonnene Salzsäure, sowie auch die schwächere Säure, die durch Kalzinieren des Chlormagnesiums der Endlaugung der Kaliindustrie unter Zuführung von Wasserdampf gewonnen werden kann, mitbenutzen.

Von den Stickstoff-Düngemitteln, die für die Ernährung und Entwicklung vieler unser Kulturpflanzen außerordentlich wichtig sind, kommen für Deutschland besonders in Betracht: schwefelsaures Ammoniak, Chilisalpeter und neuerdings das als „Kalkstickstoff“ bezeichnete Kalziumcyanamid. Beim Ammonsulfat genügte unsere deutsche, im Jahre 1913 rd. 5 Mill. dz betragende Gewinnung nicht nur für den eigenen Bedarf, sondern ergab noch einen Überschuß von 400 000 dz für die Ausfuhr, und jedenfalls hat es auch für die diesjährige Herbstbestellung an schwefelsaurem Ammoniak nirgends gemangelt. Dagegen ist wohl seit Beginn des Krieges infolge der Verminderung der die Hauptmenge liefernden Kokereibetriebe ein Rückgang unserer Erzeugung anzunehmen, der sich aber bei der nächsten Frühjahrsbestellung nicht allzu empfindlich geltend machen wird. Weniger günstig erscheint die Lage bei dem zweiten im großen Maß verwendeten Stickstoffdünger, dem Chilisalpeter, für dessen Bezug wir bisher lediglich von Ausland abhängig waren. Von den im Jahre 1913 aus Chile eingeführten 7,74 Mill. dz im Werte von rd. 172 Mill. M kommen auf den Verbrauch für die Landwirtschaft rd. 6 Mill. dz, während der Rest von $1\frac{3}{4}$ Mill. für die chemische Industrie und für Sprengstoffe verwandt wird. Da nun die deutsche Landwirtschaft den Chilisalpeter fast ausschließlich im Frühjahr für Kopfdüngung, sowie besonders für den Zuckerrübenbau verbraucht, so wird auch die Hauptverschiffung von der amerikanischen Westküste stets so eingerichtet, daß die großen Mengen, erst im Anfang des Jahres nach Europa gelangend, ohne besondere Ausgaben für Lagerung gleich dem Verbrauch zugeführt werden können, während in den Sommermonaten Juni, Juli und August nur die mäßigen Bestände vorhanden sind, die die Versorgung der Industrie erfordert. Da nun der Ausbruch des Krieges in den Anfang des Augusts fiel und Salpeter ja allgemein als Kriegskonterbande gilt, so konnten die für landwirtschaftliche Zwecke bestimmten Abladungen von der chilenischen Küste, wie auch die schwimmenden Mengen nicht mehr nach den deutschen Häfen gelangen.

So unbequem dieser Mangel besonders für den Zuckerrübenbau ist, so möchte ich aber doch betreffs des letzteren aus eigener Erfahrung darauf hinweisen, daß noch in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts in vielen Rübenlieferungsverträgen die Verwendung von Chilisalpeter für Rübedüngung neben Guano ohne weiteres verboten war und noch 1890 bei einem Rübenanbau von 333 000 ha die deutsche Gesamteinfuhr von Chilisalpeter für Landwirtschaft und Industrie sich nur auf 2,478 Mill. dz stellte, gegenüber 7,743 Mill. dz bei dem jetzt auch nur auf 546 000 ha erhöhten deutschen Rübenbau. Bei Verteilung auf die gesamte bebaute Ackerfläche von rd. 26,37 Mill. ha würden aber auch jetzt nur 23 kg Salpeter auf 1 ha entfallen.

Die Tatsache, daß sich unsre Böden vor dem Krieg in einem außerordentlich guten Kulturzustande befanden, läßt hoffen, daß die einmalige Verringerung der Stickstoffgabe bei Volldüngung nicht die sonst bei Stickstoffmangel eintretende Minderung der Ernteerträge zur Folge haben wird. Immerhin ist es meines Erachtens die vornehmste Aufgabe der Industrie, für möglichst sofortige Ausnutzung der ihr zur Verfügung stehenden Verfahren zur Herstellung stickstoffhaltiger Düngemittel aus dem unerschöpflichen Stickstoffvorrat der Luft in umfassendstem Maße zu sorgen. Zurzeit haben sich zwei Verfahren als wirtschaftlich anwendbar für Deutschland erwiesen. Das erste ist das Frank-Carose Kalkstickstoffverfahren, nach dem in drei großen Werken schon jetzt in Deutschland jährlich rd. 700 000 dz Kalkstickstoff, im Stickstoffgehalte dem schwefelsauren Ammoniak entsprechend, erzeugt werden. Dieses Verfahren beruht ausschließlich auf der Anwendung im Inland reichlich vorhandener Rohstoffe (Kalk, Kohlen und Luftstickstoff) und kann wegen des verhältnismäßig geringen Verbrauches an elektrischer Kraft auch den bereits bestehenden Überlandkraftwerken angegliedert werden, um so mehr, als das Verfahren auch die Ausnutzung schwankender Strommengen, sogenannter Spitzen, zuläßt. Das zweite Verfahren ist das Habersche zur Herstellung von schwefelsaurem Ammoniak aus Wasserstoff und Stickstoff auf synthetischem Wege. Auch dieses Verfahren ist bereits im Großbetrieb mit einer Jahreserzeugung von rd. 360 000 dz Ammonsulfat. Die Vergrößerung der Gewinnung nach beiden Verfahren ist um so mehr angezeigt und notwendig, als durch beide auch die Möglichkeit geboten ist, das zur Herstellung synthetischer Salpetersäure notwendig reine Ammoniak auf einem von andern Industrien unabhängigen Wege zu erzeugen. Auf diese Weise bilden die so hergestellten Stoffe gleichzeitig einen sichern und ausreichenden Rückhalt für die Industrie der Schieß- und Sprengmittel, falls die vorhandenen Salpetervorräte aufgebraucht sein sollten. Dies ist nun um so wichtiger, als die Verfahren zur unmittelbaren Herstellung von Salpetersäure aus der Luft (Lichtbogenverfahren) wegen des sehr großen Verbrauches an elektrischer Energie für Deutschland kaum in Betracht kommen und bei der Begrenzung der in Deutschland verfügbaren Wasserkräfte nur sehr geringe Mengen an Fertigerzeugnissen liefern können.

Die sofortige Errichtung großer deutscher Werke zur Herstellung von Kalkstickstoff und synthetischem Ammoniak wird aber auch über die Kriegszeit hinaus der Landwirtschaft und Industrie dauernd Nutzen bringen, indem sie unsre Landwirtschaft von der Ausbeutung durch die ausländische Spekulation in Salpeter und von dem jährlichen Tribut von 150 bis 170 Mill. M., den wir jetzt an Chile zahlen müssen, ebenso befreit, wie vor nunmehr etwa einem Jahrhundert die von Napoleon versuchte Kontinentalsperre den Anlaß gab zu der durch die deutschen Chemiker Achard und Marggraf begründeten Rübenzuckerindustrie, die unter Führung Deutschlands jetzt den Weltmarkt beherrscht.

Wie wir aber heute auf den Schlachtfeldern den Sieg erhoffen können, so dürfen wir auch auf wirtschaftlichen Gebieten dank dem bei uns gepflegten treuen Zusammenwirken von Landwirtschaft, Industrie und Wissenschaft das Gleiche getrost erwarten!

DIE STAATLICHEN MASZNAHMEN FÜR DIE KRIEGSBEREITSCHAFT DES DEUTSCHEN WIRTSCHAFTSLEBENS.

Von J. MENDEL.

Ein eindrucksvolles Bild von der Tätigkeit, die die deutsche Regierung und die gesetzgebenden Körperschaften während der ersten Kriegsmonate entwickelt haben, um unser Wirtschaftsleben auf die neuen Verhältnisse einzustellen, bietet die Denkschrift, die dem Reichstag in seiner Sitzung am 2. Dezember des vorigen Jahres überreicht worden ist. Die Gesamtzahl der seit dem Kriegsbeginn bis zum Dezember erlassenen Gesetze, Verordnungen und Bekanntmachungen hat bereits das erste Hundert überschritten. Wir folgen dem Inhalt der Denkschrift, indem wir nachstehend über die staatlichen Maßnahmen für die Regelung des Geld- und Kreditverkehrs, des Zahlungswesens, der Waren- und Gütererzeugung, der Rohstoffversorgung, der Preisfrage und des Verkehrs berichten.

Bereits in seiner denkwürdigen Sitzung vom 4. August des vorigen Jahres hatte der Reichstag eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, darunter diejenigen, welche sich auf die sogenannte finanzielle Mobilmachung beziehen, und das Gesetz, das den Bundesrat während der Dauer des Krieges grundsätzlich zu Maßnahmen ermächtigt, die sich zur Abhülfe wirtschaftlicher Schäden als notwendig erweisen. Ferner hatte der Reichstag den Bundesrat zur Gewährung von Einfuhrerleichterungen, Zollbefreiungen usw. ermächtigt. Durch kaiserliche Verordnungen sind Ein-, Aus- und Durchfuhrverbote bereits zu Beginn des Krieges erlassen worden. Ebenso hatte die Heeresverwaltung Bestimmungen erlassen, die von militärischer und wirtschaftlicher Bedeutung waren, z. B. über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Flugzeugindustrie usw.

Die finanzielle Mobilmachung ist durch fünf Gesetze, die ein zusammenhängendes Ganzes bilden, in die Wege geleitet worden; daran knüpfen weitere Bestimmungen an, die das Kreditbedürfnis allgemein zu befriedigen streben.

Die Gesetze der finanziellen Mobilmachung hatten in erster Linie den Zweck, die Leistungsfähigkeit der Reichsbank als der wichtigsten Geld- und Kreditquelle des Landes soweit zu stärken, daß sie allen an sie herantretenden Aufgaben genügen konnte. Diese Aufgaben sind zweifacher Art. Die Reichsbank hat einmal dem Reich die Kriegsmittel, insbesondere die für die Mobilmachung erforderlichen Gelder, zur Verfügung zu stellen, sodann dem hochgesteigerten Bedarf des Verkehrs an Zahlungsmitteln und dem außerordentlich anwachsenden Kreditbedarf zu entsprechen. Die fünf Gesetze erstreben daher eine Stärkung des für die Dehnbarkeit des Notenumlaufes maßgebenden Barvorrates, andererseits die Ermöglichung umfassender Kreditgewährung an den Staat und den Verkehr in der zur bankmäßigen Deckung der Noten geeigneten Form. Sie heißen: Gesetz über die Reichskassenscheine und Banknoten, die Änderung des Münzgesetzes, die Abänderung des Bankgesetzes, die Ergänzung der Reichsschuldenordnung und über die Darlehenskassen.

Durch das Gesetz über die Reichskassenscheine und Banknoten wurde die Reichsbank von der Verpflichtung zur Einlösung ihrer Noten befreit. Das

dahin im Zusammenhang stehende Gesetz über die Änderung des Münzgesetzes gestattet die Verabfolgung von Reichskassenscheinen und Banknoten an Stelle der Goldmünzen seitens der Umwechsellassen bei Einlieferung von Scheidemünzen. Durch diese wichtigen Maßnahmen ist der Goldschatz der Reichsbank vor einer Schwächung durch Goldentziehungen, insbesondere spekulativer Art, geschützt und gleichzeitig der Reichsbank die wichtigste Grundlage des Notenkredits erhalten worden. Die Reichsbank ist ermächtigt, bis zum dreifachen Betrage ihres Goldbestandes Noten auszugeben. Durch die erwähnten Maßnahmen wurde weiterhin dem Reich eine Reserve gesichert, aus der im Falle des Bedarfes geschöpft werden kann. Die Privatnotenbanken¹⁾ wurden durch die Gesetze berechtigt, Reichsbanknoten zur Einlösung ihrer eigenen Noten zu verwenden, so daß auch sie vor der Gefahr eines Verlustes ihrer Goldbestände bewahrt wurden und während des Krieges ihre geschäftliche Tätigkeit im bisherigen Umfange fortsetzen konnten.

Die Kreditgewährung an das Reich wurde durch das Gesetz über die Abänderung des Bankgesetzes gekräftigt. Danach haben Schatzanweisungen des Reiches und Wechsel, die das Reich verpflichten, unter der Voraussetzung einer höchstens dreimonatigen Laufzeit als bankmäßige Notendeckung zu gelten. So wurde dem Reich in einer dem Wesen und der Zweckbestimmung einer Notenbank entsprechenden Form ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der Anlage weitgehender Kredit gewährt. Gleichzeitig wurde die Ausgabe von Wechseln zwecks Bereitstellung der im Wege des Kredites zu beschaffenden Mittel durch ein weiteres Gesetz, nämlich das Gesetz über die Ergänzung der Reichsschuldenordnung, gestattet. Endlich wurde die Steuerpflicht des ungedeckten Notenumlaufes bei der Reichsbank aufgehoben. Diese Maßnahme trägt den Kriegsverhältnissen insofern Rechnung, als der Umlauf ungedeckter Noten notwendigerweise außerordentlich gesteigert werden mußte, damit den Anforderungen des Reiches und des Verkehrs entsprochen werden konnte.

Das Darlehenskassengesetz hat ein neben der Reichsbank stehendes und die Reichsbank unterstützendes Kreditinstitut für den Lombard und den Lombardverkehr geschaffen. Die Reichsbank ist bekanntlich in normalen Zeiten nur innerhalb gewisser Grenzen in der Lage, Lombarddarlehen zu gewähren. Um einer vorauszu sehenden außerordentlichen Steigerung des Bedürfnisses nach Lombardkredit zu entsprechen, mußte daher eine neue Kreditquelle geschaffen werden, um so mehr, als die Lombardanlagen für die Reichsbank nicht als bankmäßige Deckung gelten. Nach dem Darlehenskassengesetz wurde der gesamte Betrag der auszugebenden Darlehenskassenscheine auf 1500 Mill. M festgesetzt, der Bundesrat jedoch ermächtigt, den Betrag im Bedarfsfälle zu erhöhen, was inzwischen mit der Bekanntmachung vom 11. November vorigen Jahres geschehen ist, wonach der Höchstbetrag der auszugebenden Darlehenskassenscheine auf 3 Milliarden M festgesetzt wurde. Die Darlehenskassenscheine sind den Reichskassenscheinen gleichgestellt worden, sie verbleiben, soweit sie nicht in den freien Verkehr übergehen, der Reichsbank und können deren Barvorrat zugerechnet werden, womit die Lombardanlage der Darlehens-

¹⁾ In Deutschland bestehen heute noch die Bayerische Notenbank, die Sächsische Bank, die Württembergische Notenbank und die Badische Bank.

kassen zur Notendeckung verwendbar gemacht und gewissermaßen mobilisiert wird.

Die Bestrebungen, den Goldbestand der Reichsbank zu erhalten und zu mehren, mußten weiter noch dadurch ergänzt werden, daß die sogenannte Goldklausel, die namentlich im Hypothekenverkehr Grundlage vielfacher Vereinbarungen ist, aufgehoben wurde.

Der Goldbestand der Reichsbank hat dank der erwähnten Maßnahmen stark zugenommen. Während in der letzten Woche vor dem Kriege, vom 23. bis 30. Juli, der Reichsbank über 100 Mill. M Gold entzogen wurden, so daß ihr Goldbestand von 1356 auf 1253 Mill. M herabging, ist er seit Beginn des Krieges bis Anfang Dezember stetig gestiegen. Nach dem Ausweis der ersten Dezemberwoche stellte er sich auf mehr als 2 Milliarden (2060,6 Mill. M) Gold. Der gesamte Darlehensbestand erreichte am 7. Oktober mit etwa 1120 Mill. M seinen höchsten Stand, fiel bis zum 23. Oktober auf 950 Mill. M und stieg Ende Oktober wieder auf 1100 Mill. M an. Der Bestand an Kriegspfandscheinen erreichte Ende Oktober einen Betrag von etwa 780 Mill. M. Anfang Dezember betrug der Darlehensbestand 687 Mill. M.

Eine weitere Stärkung des Goldschatzes der Reichsbank durch Goldhingabe aus dem freien Verkehr wird zur unabweisbaren Pflicht. Noch um mehrere Milliarden ließe sich der Goldbestand der Reichsbank und entsprechend auch die Notenausgabe erhöhen.

Auf ihren starken Metall- und Goldschatz gestützt, hat die Reichsbank durch Ausgabe von großen und kleinen Noten den stark anschwellenden Bedarf an Zahlungsmitteln, vor allem seitens der Heeresverwaltung, befriedigen können. Der Notenumlauf der Reichsbank wuchs in den ersten Wochen des Krieges stark an, ist dann aber nicht unwesentlich vermindert worden. Anfang Dezember betrug er 4230 Mill. M. Um dem starken Bedarf besonders an kleinen Zahlungsmitteln zu genügen, wurde die Reichsschuldenverwaltung durch den Bundesrat zur Ausstellung kleiner Darlehenskassenscheine von 2 und 1 M ermächtigt, nachdem sich schon der Verkehr vielfach durch Ausgabe von Notgeld vorübergehend zu helfen versucht hatte. Vom 24. Juli bis 31. Oktober belief sich die Gesamtsumme der durch die Reichsbank in den Verkehr gebrachten kleinen Zahlungsmittel (Scheidemünzen, Reichs- und Darlehenskassenscheine) einschließlich des Bedarfes der Heeresverwaltung auf 683 Mill. M.

Gleichzeitig mit dem Bedarf an Zahlungsmitteln war ein außerordentliches Kreditbedürfnis besonders zu Beginn des Krieges zu befriedigen. Der Kreditbedarf des Reiches — Bezahlung der für die Mobilmachung und Kriegführung erforderlichen Mittel — mußte seitens der Reichsfinanzverwaltung zunächst durch den Reichsbankkredit gedeckt werden, was im Wege der Diskontierung von Schatzanweisungen geschah, die den Wechseln gleichgestellt wurden. Die Anlage in Reichsschatzanweisungen erreichte ihren höchsten Stand Ende September mit 2,3 Milliarden M. Zu diesem Zeitpunkt war indessen schon die Anleihe begeben und mußten auf sie bereits die ersten Zahlungen geleistet werden. Ein weiterer Kredit wurde dem Reich seitens der Reichsbank durch Diskontierung und Lombardierung der sogenannten Zollkriegswechsel gewährt.

Auf Grund der Bestimmungen über die Behandlung der gestundeten Zölle und Reichssteuern bei Kriegsgefahr hatten die Stundungsnehmer, soweit sie nicht Barzahlung leisteten, in Höhe der gestundeten Beträge Wechsel zu zeichnen, die an die Reichshauptkasse giriert und von dieser je nach Bedarf bei der Reichsbank diskontiert wurden, soweit sie bis drei Monate fällig waren, oder lombardiert wurden, sobald die Fälligkeit den Zeitraum von drei Monaten überstieg. Der Kreditbedarf der Bundesstaaten konnte von der Reichsbank nur in Form des Wechselkredites befriedigt werden; eine Diskontierung von Schatzanweisungen der Bundesstaaten erwies sich als unmöglich, da deren Schatzanweisungen als Notendeckung nicht zu verwenden waren. Die Schatzanweisungen der Bundesstaaten wurden durch Lombardierung bei den Darlehenskassen flüssig gemacht.

Abgesehen vom Kreditbedarf des Reiches hatte die Reichsbank außerordentliche Kreditansprüche des Verkehrs zu befriedigen, um so mehr, als das großartige Kreditsystem, das in Deutschland durch außerordentliche Einrichtungen organisiert und mobilisiert ist, durch den Ausbruch des Krieges erschüttert werden mußte. Die Reichsbank hatte, da die übrigen Kreditquellen teils zur Gewährung neuer Kredite nur selten imstande waren, teils gänzlich versagten, als letzte Hilfsquelle dem Kreditbedarf zu dienen. Sie hat dies in weitblickender und weitherziger Weise getan, u. a. zugunsten der Provinz Ostpreußen. Eine außerordentliche Kredithilfe wurde z. B. von ihr durch Diskontierung von Anerkenntnissen der Zivilaushebungskommission für bestimmte Fälle (Aushebung von Pferden, Stellung von Fahrzeugen und Geschirr für den Kriegsbedarf) geleistet. (Bekanntmachung über die Abtretung und Pfändung der Forderungen an die Kriegskasse aus Überlassung von Pferden, Fahrzeugen und Geschirren vom 12. August.)

Die Darlehenskassen, die nach dem Vorbilde früherer Kriegsdarlehenskassen geschaffen wurden, haben, wie erwähnt, die zur Notendeckung bei der Reichsbank nicht geeignete Lombardanlage auf sich zu nehmen, dabei aber eine weitgehende Beleihung zu gewähren, die durch ein besonderes Statut geregelt worden ist. Eingerichtet wurden 99 Kassen und 123 Hilfstellen. Beliehen werden Waren und Wertpapiere, sowie Forderungen, die in dem Reichsschuldbuch oder Staatsschuldbuch eines deutschen Staates eingetragen sind. Während aber die Reichsbank, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur Roherzeugnisse belieh, hat die Darlehenskasse alle dem Verderben nicht ausgesetzten Waren für beleihbar erklären können, die einen marktgängigen und voraussichtlich dauernden Wert haben.

Die Kreditquellen der Reichsbank und der Darlehenskassen sind für die Angehörigen von Verkehrskreisen, die weder Wechsel diskontieren, noch Wertpapiere oder Waren lombardieren können, nicht nutzbar zu machen. Hier wurde daher ein allgemeines Moratorium nach dem Vorbilde der meisten übrigen europäischen Staaten gewünscht. Ein solches Moratorium hat man indessen aus allgemein wirtschaftlichen Erwägungen nicht erlassen, schon deswegen nicht, weil es sich von vornherein nicht auf die Zahlungsverpflichtungen des Reiches, der Bundesstaaten, der öffentlichen Körperschaften, der Versicherungsanstalten, Krankenkassen, Sparkassen, vor allem auch auf die der Reichsbank selbst nicht hätte erstrecken können. Aber auch die sämt-

lichen anderen Banken hätten in ihrer Eigenschaft als Verwalter des flüssigen Betriebskapitals in Deutschland ausgenommen werden müssen, um nicht empfindliche Stockungen des Wirtschaftslebens hervorzurufen. Die Erhaltung der Zahlungsfrist für diese Anstalten bedingte auch ein ihnen einzuräumendes Recht der Einziehung ihrer Forderungen. Auch der Erlaß eines auf bestimmte Arten von Forderungen (Wechselforderungen) beschränkten Teilmoratoriums mußte, abgesehen von den für die Beziehungen zum Auslande gebotenen besonderen Maßnahmen, unterbleiben. Statt dessen wurden eine Anzahl von Maßnahmen getroffen, von denen vor allem die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen, die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, Wegfall der Pflicht zur Konkursanmeldung für Gesellschaften, das Mindestgebot bei Zwangsversteigerung (Versteigerung gepfändeter Sachen), Verlängerung von Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse, Rechtsschutz für Kriegsteilnehmer (auch auf Kriegsbeteiligte Österreich-Ungarns ausgedehnt) hervorzuheben sind.

Durch die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen kann das Gericht dem Schuldner, wenn seine Lage es rechtfertigt und die Anordnung nicht einen unverhältnismäßigen Nachteil bringt, eine Frist bis zu drei Monaten gewähren. Diese Maßregel ist nur auf Verpflichtungen beschränkt, die vor dem 31. Juli entstanden sind.

Ein eigentliches Wechselmoratorium ist gleichfalls nicht eingeführt worden, wenn auch die Vorschriften über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen gleichfalls für Wechselforderungen gelten. Die Verordnung über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts verlängert die Fristen für Vornahme einer Handlung, deren es zur Ausübung oder Erhaltung des Wechselrechts oder des Regreßrechts aus dem Scheck bedarf, also namentlich die Frist für die Erhebung des Wechselprotests um 30 Tage. Ein besonderer Rechtsschutz ist endlich den am Krieg beteiligten Personen gewährt worden. Nach den betreffenden Gesetzen vom 4. August soll insbesondere das Verfahren vor den ordentlichen Gerichten sowie vor dem Gewerbegericht und dem Kaufmannsgericht regelmäßig unterbrochen werden, wenn ein Kriegsbeteiligter dabei als Partei auftritt. Ebenso unterliegen Zahlungsvollstreckungen, Konkursöffnungen, Verjährung zugunsten der Kriegsteilnehmer besonderen Einschränkungen.

Für Inhaber von Patenten, Gebrauchsmuster- und Warenzeichenrechten hat man vorübergehende Erleichterungen geschaffen, um die Beteiligten gegen Nachteile zu schützen, die aus den strengen Vorschriften der geltenden Gesetze über die zu wählenden Fristen erwachsen könnten. Diese Erleichterungen gehen von dem Gesichtspunkt aus, daß vielfach Barmittel zur Zahlung von Patenten nicht zur Verfügung stehen, der Fabrikationsbetrieb Störungen ausgesetzt ist, wodurch Patente gefährdet werden. Ebenso ist die Hemmung des Laufes der Fristen zur Zahlung von Schürfgeldgebühren in deutschen Schutzgebieten ausgesprochen worden.

Von außerordentlicher Wichtigkeit sind die im Kreditverkehr bestehenden Rechtsbeziehungen zwischen dem In- und Auslande, die besonders deshalb an die herrschenden Verhältnisse angepaßt werden mußten, weil die zahlreichen im Ausland erlassenen Moratorien auch die im Inland

wohnenden Personen treffen, die Forderungen an ausländische Schuldner haben. Es ist daher durch eine besondere Bekanntmachung Fürsorge getroffen worden, daß nicht umgekehrt ausländische Gläubiger ihre Schulden im Inlande eintreiben konnten. Soweit es sich nicht um wechselmäßige Beziehungen handelt, hat der Bundesrat von einer materiellen Stundung der Forderung Abstand genommen und sich darauf beschränkt, die gerichtliche Geltendmachung von Ansprüchen der Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, auszuschließen. Die Geltendmachung ist anfangs bis Ende Oktober, später bis Ende Januar 1915 ausgeschlossen worden. Auf wechselrechtlichem Gebiet konnte indessen der Aufschub der gerichtlichen Geltendmachung nicht genügen, hier mußte im Interesse der inländischen Schuldner auch die Protesterhebung auf Grund ausländischer Forderungen hinausgeschoben werden, um so mehr, als sonst gegen die am Auslandhandel beteiligten inländischen Firmen auf Grund ausländischer Wechsel alsbald hätte Protest erhoben werden können, während umgekehrt für sie die Möglichkeit, ihre Wechsel im Inlande zum Protest zu bringen, beschränkt war. Der Bundesrat hat deshalb die Fälligkeit der Auslandswechsel, die vor dem Krieg ausgestellt worden sind, zunächst um drei Monate und später um weitere drei Monate in der Weise hinausgerückt, daß sich die Wechselsumme um die Zinsen für diese Zeit erhöht. Die Zahlung von Jahresgebühren für ausländische Patente, um ihren Verfall zu sichern, ist durch entsprechende Maßnahmen des Auslandes teilweise (Frankreich und Belgien) gegenstandslos geworden, weil dort die gesetzlichen Fristen im allgemeinen auf unbestimmte Zeit verlängert worden sind, während Rußland keinen Patentschutz gewähren will. In England ist für den Fall der Gebührzahlung für gewerbliche Schutzrechte eine Ausnahme vom allgemeinen Zahlungsverbot gegen Deutschland und Österreich-Ungarn zugelassen worden. Um so weniger bestand für Deutschland ein Bedenken, von dem Zahlungsverbot gegen England ebenfalls Zahlungen, die zur Erlangung und Erhaltung von Patenten erforderlich sind, auszunehmen.

Weitere Maßnahmen zur Kredithilfe wurden mit Hilfe der Hypothekbanken, Gemeinden, Sparkassen und sonstigen neuerrichteten Anstalten durchgeführt. Dem sehr bald nach Ausbruch des Krieges von vielen Seiten hervorgerufenen Verlangen nach einer Beleihbarkeit der Hypotheken, deren Lombardierung bei den Darlehenskassen nicht vorgesehen werden konnte, weil sie hinsichtlich der Feststellbarkeit ihres wahren Wertes und der leichten Realisierbarkeit den Ansprüchen nicht genügen, die an die Verpfänder der Darlehenskassen gestellt werden müssen, ist dadurch entsprochen worden, daß durch das Gesetz besondere, mit Staatsmitteln ausgestattete Beleihungskassen für sichere Hypotheken errichtet wurden.

Für die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden wurde, abgesehen von den jedermann zugänglichen Einrichtungen der Gemeinden und Sparkassen, noch eine besondere Vorsorge durch Einrichtung von Anstalten in Form von Aktiengesellschaften getroffen. Das Aktienkapital konnte durch Großbanken, Gemeinden, Handelskammern und sonstige Interessenverbände aufgebracht werden. Diese Einrichtungen vermitteln einen Akzept- und Diskontkredit zu mäßigen Bedingungen. Die dazu erforderlichen Mittel wurden durch Anschluß an die Reichsbank oder die staatlichen Kreditanstalten

oder den Staat selbst vermittelt. In allen größeren und kleineren Städten sind solche meist den Namen „Kriegskreditbank“ tragende Einrichtungen zur Vermittlung des Akzept- oder Diskontkredites ins Leben gerufen worden. So befindet sich in Berlin die Kriegskreditbank für Groß-Berlin mit einem Aktienkapital von 18 Mill. M. In Hamburg wurde die Hamburger Bank von 1914 mit 15,85 Mill. M Grundkapital errichtet, in Bayern die Kriegskreditbanken München (4 Mill. M) und Nürnberg-Fürth (2 Mill. M), in Sachsen die Kriegskreditbank für das Königreich Sachsen (11 Mill. M), in Württemberg die Württembergische Kriegskreditbank (2,9 Mill. M), in Lübeck die Kriegskreditbank Lübeck (1,5 Mill. M). Auch in zahlreichen andern Bundesstaaten, wie Hessen, Braunschweig, Anhalt, Sachsen-Meiningen, wurden entsprechende Kreditanstalten ins Leben gerufen. In preußischen Städten, Kreisen oder Regierungsbezirken sind Banken oder Kassen u. a. in Elberfeld, Solingen, Schöneberg, Charlottenburg, Wilmersdorf, Bromberg, Hildesheim, Osnabrück, Frankfurt a. M., Halle, Kassel, Magdeburg, Erfurt, Posen, Düsseldorf, Wiesbaden, in außerpreußischen Städten in Leipzig, Braunschweig, Straßburg, Augsburg, Mainz ins Leben getreten. Auch Versicherungsgesellschaften haben entsprechende Kriegskreditkassen errichtet.

Mit der Anpassung des Geld- und Kreditwesens an die Kriegsverhältnisse ergab sich gleichzeitig auch die Notwendigkeit der Regelung börsenmäßiger Zeitgeschäfte. Die Fondsbörse war bereits unter den Ereignissen vor Ausbruch des Krieges geschlossen worden. Eine allgemeine Abwicklung schwebender Verbindlichkeiten wird durch entsprechende Bestimmungen des Börsenvorstandes im Einvernehmen mit der Regierung, die Abwicklung der börsenmäßigen Zeitgeschäfte in Waren durch eine Reihe von Verfügungen des Bundesrates geregelt. Das war um so notwendiger, als mit der Einstellung der Notierungen von Börsenpreisen für den Zeithandel die Grundlage für die kaufmännische Berechnung fortfiel, wodurch eine vernünftige Gestaltung der Warenpreise äußerst erschwert wurde. Die vor dem 1. August abgeschlossenen Geschäfte in Waren sind unter besonderer Regelung allmählich abgewickelt worden. Geregelt wurden Zeitgeschäfte für Getreide und Mehl, vor allem auch die Termingeschäfte in Kupfer, Zinn, Zucker, Baumwolle, Kaffee und Kautschuk, dagegen hat die Regierung eine Regelung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen in der Industrie und den Abnehmerkreisen (Konventionen und Konditionen) abgelehnt und mit den Verbänden selbst verhandelt, wodurch es in fast allen wesentlichen Fällen gelungen ist, den berechtigten Interessen der Abnehmer Geltung zu verschaffen und damit ihre Klagen, die sie gegen Vorschriften sofortiger Barzahlung gegenüber den Konventionen erhoben hatten, zum Verstummen zu bringen.

(Schluß folgt.)

II. DER GELD- UND WARENMARKT.

Diskont- und Effektenkurse im Oktober und November.

Die Börsentätigkeit an den großen internationalen Plätzen hat im Oktober noch völlig geruht. Anfang November hatten freilich Christiania und Stockholm ihre Börsentätigkeit, die aber rein örtliche Bedeutung hatte, wieder aufgenommen. Ein sogenannter freier Börsenverkehr hat sich an den meisten größeren Plätzen herausgebildet, so namentlich in London (Straßenbörse) und in Bordeaux, doch hat er nirgends einen größeren Umfang angenommen. Namentlich in London und New York haben Verhandlungen wegen Wiedereröffnung der Börse geschwebt, während man an den deutschen Fondsbörsen die Ultimoabwicklungen weiter um einen Monat verschoben hat. Ende November wurde dann die New Yorker Wertpapierbörse und in der ersten Dezemberwoche die Pariser Börse wieder eröffnet. Ein geregelter Geldmarktverkehr ist z. B. in Frankreich ebenfalls noch kaum zustande gekommen, regelmäßiger lagen die Verhältnisse in London und New York, während sich in Berlin nur für feinste Wechsel ein Verkehr herausgebildet hat. Im Oktober bewegte sich der Privatskont in Berlin zwischen $5\frac{2}{3}$ und $5\frac{3}{4}$ vH, im November zwischen $5\frac{1}{8}$ und $5\frac{1}{4}$ vH. Die Diskontsätze der europäischen Notenbanken haben sich im Oktober mit Ausnahme des Diskontsatzes der Oesterreich-Ungarischen Bank, der von 6 auf $5\frac{1}{2}$ vH herabgesetzt worden ist, nicht verändert. Im November setzte die Banca d'Italia ihren Diskont von 6 auf $5\frac{1}{2}$ vH, die Bank von Spanien von 5 auf $4\frac{1}{2}$ vH herab. Die deutsche Reichsbank hat ihren Bankdiskont von 6 vH aufrecht erhalten. Anfang Dezember herrschten in den einzelnen Ländern folgende Bankdiskonts: Berlin 6 (Lombard 7), Amsterdam 5, Brüssel 6, Christiania $5\frac{1}{2}$, italienische Plätze $5\frac{1}{2}$, Kopenhagen 6, London 5, Madrid $4\frac{1}{2}$, Paris 5, Petersburg und Warschau 6, Schweiz 5, Stockholm 6, Wien $5\frac{1}{2}$.

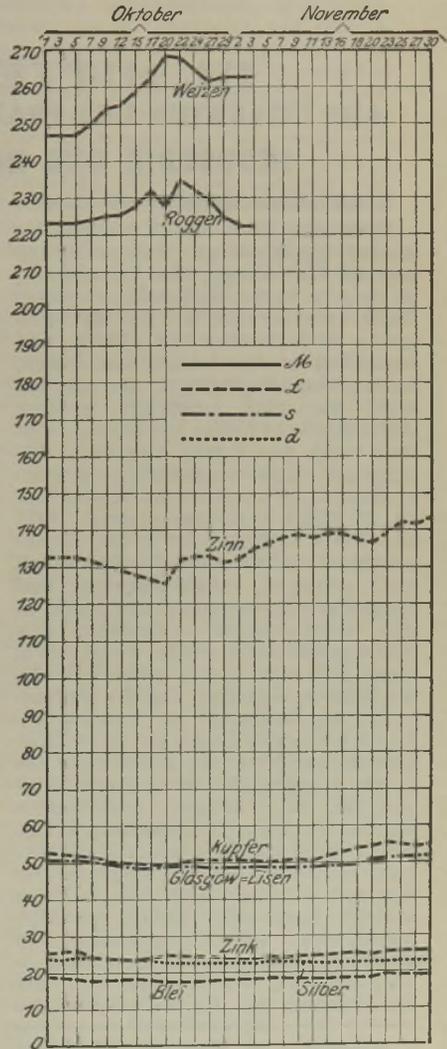
Wechselkurse.

Auch im Oktober und November hat kein eigentlicher internationaler Wechselverkehr geherrscht, wenigstens nicht in Deutschland. Offizielle Wechselkurse sind in Berlin nicht notiert worden. Dagegen bestanden Wechselnotierungen in London auf das feindliche und neutrale Ausland, ebenso notierte man in den neutralen Ländern, also in New York, Amsterdam, Mailand, Wechselkurse auf das Ausland. Die sogenannten privaten Notierungen fremder Wechselkurse in Berlin, die natürlich nur das neutrale Ausland betreffen, standen und stehen auch noch heute zuungunsten Deutschlands, was damit begründet ist, daß die deutsche Ausfuhr zur Bezahlung der Einfuhr nicht ausreicht und die Goldausfuhr aus Deutschland in das neutrale Ausland aus begreiflichen Gründen unterbleibt, während namentlich Lebensmittel aus benachbarten neutralen Staaten eingeführt worden sind.

Der Warenmarkt im Oktober und November.

Die einzelnen internationalen Warenmärkte haben sich trotz der andauernden Störungen in Zufuhr und Ausfuhr weiter aufrecht erhalten, wenn auch die Beziehungen der Preise zueinander trotz Wiederherstellung der telegraphischen

Verbindungen gegenüber normalen Zeitläufen im internationalen Warenhandel keinerlei Bedeutung haben. Am Getreidemarkt dauerte die Aufwärtsbewegung weiter an, da die neue Ernte noch nicht so schnell an die Märkte gelangte und Felderbestellung die Verarbeitung der Ernte verzögerte. Auch hat die absichtliche Zurückhaltung in Erwartung noch höherer Preise eine gewisse Rolle gespielt. So stiegen die sämtlichen Getreide- und Mehlpreise weiter, bis durch Festsetzung von Höchstpreisen ein Halt ge-



boten wurde. An den Metallmärkten herrschten gleichfalls Preissteigerungen vor, da es an genügenden Zufuhren mangelte. Mit den vorhandenen Vorräten wird sparsam gewirtschaftet. Sie werden in erster Linie der Heeresverwaltung zur Verfügung gestellt. Die Preise sind weiter gestiegen und schließlich durch Festsetzung von Höchstpreisen begrenzt worden. Die Londoner Notierungen, die jetzt wieder regelmäßig auch in Deutschland bekannt werden, haben für uns keine praktische Bedeutung. Wir teilen sie aber auf dem Schaubilde S. 35 mit, da die Berliner Notierungen wieder eingestellt worden sind. Der Silberpreis in London ging bei lebhaften Schwankungen dauernd zurück und erreichte Anfang November mit 22 d einen seit

Jahren nicht erlebten Tiefstand. Der Eisenpreis in Glasgow hat im November wieder angezogen, da die inländische Nachfrage stieg. In Deutschland hat sich das Geschäft in den einzelnen Zweigen der Eisenindustrie weiter gehoben. Bemerkenswert ist die Steigerung der Roheisenerzeugung gegenüber den ersten Kriegsmonaten. Auch die Versandziffern des Stahlwerksverbandes sind besser geworden, wenngleich sie noch um etwa 45 vH hinter den vorjährigen zurückstehen. An den Baumwollmärkten New York und Liverpool, die freilich kaum im Zusammenhang miteinander stehen, sind die Preise weiter zurückgegangen. Für Wolle wurden u. a. in England Ausfuhrverbote erlassen; die Preise sind in Deutschland weiter gestiegen.

III. MITTEILUNGEN

AUS LITERATUR UND PRAXIS; BUCHBESPRECHUNGEN.

INDUSTRIE UND BERGBAU; SOZIALES.

Wirtschaftliche Kartoffelverwertung.

Über den Wert der Kartoffeln für unsere gegenwärtige Volksernährung und die Maßnahmen, ihre Verwendung zu steigern, haben wir bereits an anderer Stelle kurz berichtet¹⁾. Der Kartoffelanbau ist in Deutschland ständig, und besonders in den letzten Jahrzehnten, außerordentlich gestiegen, und man hat nicht nur eine wesentlich größere Anbaufläche in Kultur genommen, sondern auch den Ertrag von einer bestimmten Fläche wesentlich zu steigern vermocht. 1875 wurden in Deutschland rd. 25 Mill. t Kartoffeln geerntet, 1914 rd. 47 Mill. t. Ferner ist es der wissenschaftlich arbeitenden Landwirtschaft auch gelungen, durch Züchtung und Anpassung der verschiedenen Sorten an die verschiedenen Bodenarten den Stärkegehalt der Kartoffel zu erhöhen, wenn auch nicht in dem gleichen Maße, wie man in derselben Zeit den Zuckergehalt der Zuckerrübe erhöhen konnte. Immerhin erntet Deutschland, in Trockensubstanz berechnet, schon mehr aus seinen Hackfrüchten als aus dem Brotgetreide. Von Roggen und Weizen wurden 1913 an Trockensubstanz 12,4 Mill. t in Deutschland geerntet, Zucker und Kartoffeln lieferten dagegen zusammen gerechnet 14,4 Mill. t. Kein anderes Land zeigt ähnlich günstige Verhältnisse wie Deutschland. Am dürrftigsten steht der Hackfruchtbau in England da, wo auf den Kopf der Bevölkerung noch nicht ein Achtel der

in Deutschland geernteten Menge an Hackfrüchten zur Verfügung ist.

Die Kartoffel bildet ferner die Grundlage anderer Industriezweige, vor allem der Stärkemehl- und Stärkezuckerindustrie und der Kartoffeltrocknerei, die zwar in Deutschland bereits seit mehreren Jahren ausgeübt wurde, aber bisher nur unzureichende Mengen an Kartoffeln vor dem Verderben durch Fäulnis schützen konnte. Diese Industrie ist jetzt durch die Maßnahmen der Regierung und der einsichtigen Landwirte selbst sehr gefördert worden, und die Bekanntmachung über die Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei vom 5. November 1914 hat ihr auch eine kräftige Organisation für den Absatz ihrer Erzeugnisse geschaffen, die hoffentlich nicht zu einer Erhöhung der Preise, sondern zu einer Verbilligung der verschiedenen Kartoffelfabrikate führen wird, da durch eine solche Organisation sehr erheblich an Frachten und allgemeinen Unkosten gespart werden kann. Die Organisation ist unlängst unter dem Namen Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft als Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin ins Leben getreten; ihre Geschäftsführung unterliegt zurzeit der Aufsicht des Reiches.

Als besonders wertvoll hat es sich aber auch erwiesen, daß die in verschiedenen Gegenden Deutschlands schon seit vielen Jahren übliche Verwertung von Kartoffelerzeugnissen zur Brotbereitung gesetzgeberisch geregelt worden ist, indem man den Zusatz von

¹⁾ Vergl. T. u. W. S. 20.

Kartoffelflocken, Kartoffelwalmehl oder Kartoffelstärkemehl zum Roggenbrot zur Pflicht gemacht hat.

An Erzeugnissen der Kartoffeltrocknung können nach der dem Reichstag im Dezember vorigen Jahres überreichten »Denkschrift über wirtschaftliche Maßnahmen anlässlich des Krieges«¹⁾ insgesamt bis $\frac{1}{2}$ Mill. t hergestellt werden, die zur Deckung des vorgeschriebenen Kartoffelzusatzes ausreichen. Ein Roggenbrot, dem mehr als 5 Gewichtsteile Kartoffel hinzugesetzt worden sind, muß mit dem Buchstaben »K« bezeichnet werden. Beträgt der Kartoffelgehalt aber mehr als 20 Gewichtsteile, so muß er durch die betreffende Zahl neben dem Buchstaben K kenntlich gemacht werden.

Ueber die Verwertbarkeit von Kartoffelerzeugnissen zur Brotbereitung hat das Kaiserliche Gesundheitsamt in Berlin ein ausführliches Gutachten erstattet, das im Nachtrag zu der erwähnten Denkschrift abgedruckt ist. An dieser Stelle seien nur die wichtigsten Ergebnisse dieser Untersuchung und die Verfahren zur Herstellung der verschiedenen Kartoffelerzeugnisse kurz beschrieben.

Für die Bereitung von Kartoffelschnitzeln und Scheiben werden die rohen Kartoffelknollen meist ungeschält in Zerkleinerungsvorrichtungen in längliche oder scheibenförmige Teile zerlegt. Diese werden alsdann in Trommeln mit heißer Luft vom größten Teil des Wassers (die Kartoffel enthält durchschnittlich etwa 75 vH Wasser) befreit und gleichzeitig gedämpft. Kartoffelschnitzel und -scheiben sind bisher fast ausschließlich als Futtermittel für Tiere verwandt worden und dürften für Backzwecke weniger in Betracht kommen.

Zur Gewinnung von Kartoffelflocken werden gereinigte Kartoffelknollen mit überhitztem Wasserdampf behandelt, wodurch die Stärke verkleistert wird. Der so erhaltene Brei wird auf umlaufenden, leicht geheizten Walzen getrocknet, und von diesen das fertige Erzeugnis in Form papierdünner Schuppen von wechselnder Größe und blaß gelblicher bis graugelber Farbe abgeschabt. Je nach der Art der Herstellung enthalten die Flocken erhebliche oder nur geringe Mengen von Schalentteilen; nur die schalenarmen

Sorten kommen für die menschliche Ernährung in Betracht. Im Gegensatz zu Kartoffelstärke weisen die Kartoffelflocken einen eigentümlichen, nicht unangenehmen, etwas süßlich-salzigen Geschmack und einen leichten Geruch auf.

Das Kartoffelwalmehl wird aus den Kartoffelflocken durch Zerkleinern in Sieben hergestellt, wobei etwa noch vorhandene Schalentteile nach Möglichkeit entfernt werden. Es bildet ein gelbliches, gleichmäßiges, mittelfines Pulver, das in Geschmack und Geruch den Kartoffelflocken entspricht. Zur Gewinnung von Kartoffelstärke werden die rohen Kartoffeln gereinigt, dann legt man durch Zerreiben die Stärkekörner im Innern der Pflanzenteile frei und trennt sie durch wiederholtes Schlemmen, Sieben und Absetzen von den übrigen Kartoffelbestandteilen. Aus der erhaltenen Stärkemilch schleudert man die Hauptmenge des Wassers ab und bringt die Stärke mittels trockner Luft von verhältnismäßig niedriger, 45 Grad nicht übersteigender Temperatur bis auf einen Feuchtigkeitsgehalt von etwa 20 vH. Die Stärke wird entweder als ein aus größeren unregelmäßigen Stücken und feineren Anteilen in wechselndem Verhältnis bestehendes Gemisch (Kartoffelstärke) oder als ein gleichmäßig feines, glänzendes Pulver von wenig ausgeprägtem Geschmack (Kartoffelmehl, richtiger Kartoffelstärkemehl) in den Handel gebracht. Für Backzwecke kommt besonders die letztere Form in Betracht.

Während bei den Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei nur der größere Teil des Wassers und der Schalen von der Kartoffel entfernt wird, die übrigen Bestandteile aber völlig erhalten bleiben, wird bei der Verarbeitung der Kartoffeln auf Kartoffelstärke nur ein einzelner, allerdings der wichtigste Bestandteil in möglichster Reinheit gewonnen, während der Abfall, die Pülpe, als Viehfutter dient und das bei der Stärkebereitung nebenher gewonnene Fruchtwasser zu Düngezwecken nutzbar gemacht werden kann.

Ueber die Verwertbarkeit der Kartoffelerzeugnisse zur Brotbereitung gibt die Zusammenfassung des oben erwähnten Gutachtens Klarheit. Der Zusatz von Kartoffeln bei der Brotbereitung teils als Backhülfsmittel, teils zur Ersparnis eines Teiles des Getreidemehles ist bisher schon üblich gewesen,

¹⁾ S. T. u. W. S. 28.

und es lassen sich auch die verschiedenen durch Trocknung hergestellten Erzeugnisse, besonders Kartoffelflocken und Kartoffelwalzmehl, vorausgesetzt, daß sie vom größten Teil der Kartoffelschalen befreit sind, ferner auch die Kartoffelstärke für die Brotbereitung mit Vorteil benutzen. Auf Grund der chemischen Zusammensetzung der Kartoffel und der genannten Erzeugnisse sind gegen ihre Beimischung zum Brotmehl in mäßigen Anteilen vom nahrungsmittel-chemischen Standpunkt aus wesentliche Bedenken nicht zu erheben. Es gelingt bei geeigneter Leitung des Backverfahrens, aus Roggenmehl mit mäßigen Zusätzen von Kartoffelerzeugnissen (bis zu 20 vH) Brote herzustellen, die in Aussehen, Farbe, Konsistenz, Geruch und Geschmack dem reinen Roggenbrot nicht nachstehen, insbesondere auch genügend lockere Beschaffenheit und normalen Wassergehalt haben. Am besten bewährt sich als Zusatz ein gleichzeitiges Gemisch von Flocken und Stärke oder von Walzmehl und Stärke. Da es unter Umständen möglich ist, bei Verwendung gewisser Kartoffelerzeugnisse dem Brot mehr als normale Wassermengen zuzuführen, so muß die Lebensmittelüberwachung darauf achten, daß dem Verkehr übermäßig wasserreiche Kartoffelbrote, durch die der Käufer benachteiligt würde, ferngehalten werden. Der Gesamtnährwert, der sich in dem Wärmewert ausdrückt, ist jedenfalls für das Kartoffelbrot nur unerheblich geringer als für reines Roggenbrot. In bezug auf die einzelnen Nährstoffe sind nur im Gehalt an Stickstoffverbindungen, Eiweiß usw. in Betracht kommende Unterschiede zwischen Kartoffelbroten und reinen Roggenbroten vorhanden; der Mindergehalt an Eiweiß ist indessen bei geringen Zusätzen der Kartoffelerzeugnisse (etwa 5 vH) unerheblich und auch bei größeren Zusätzen (bis zu 20 vH) nur dann von Bedeutung, wenn kleiereiches Roggenmehl verarbeitet wird. Auch in diesen Fällen ist aber bei gemischter Kost auch ein Eiweißmangel nicht zu befürchten.

Nach alledem ist Kartoffelbrot, soweit die Zusätze an Kartoffelerzeugnissen etwa 20 vH des Gesamtmehles nicht übersteigen, als ein nicht etwa notdürftiger, sondern fast vollwertiger Ersatz des reinen Roggenbrotes anzusehen.

Zu dem gleich günstigen Ergebnis

ist auch Prof. Julius Stoklasa in Prag gelangt, der dort am 9. Dezember 1914 einen beachtenswerten Vortrag über die Quellen der Volksernährung während des Krieges gehalten hat. Nach dem Bericht der Prager Zeitung »Union« lassen sich auch Gerstenmehl und Maismehl mit großem Erfolg zur Brotbereitung verwenden, und auch Mischungen aus 50 vH Roggenmehl, 25 vH Gerstenmehl und 25 vH Kartoffelmehl lieferten ein vorzüglich schmeckendes und haltbares Brot. Weitere Mischungen, die ebenfalls ausgezeichnete Brote lieferten, bestanden aus 50 vH Roggenmehl, 25 vH Maismehl, 12,5 vH Gerstenmehl und 12,5 vH Kartoffelmehl. Sogar aus 30 vH Roggenmehl, 30 vH Gerstenmehl, 30 vH Maismehl und 10 vH Kartoffelmehl stellte Stoklasa ein Brot von guter Beschaffenheit und Haltbarkeit her. Nach den Untersuchungen des Prager Professors haben biochemische Versuche ergeben, daß die von der österreichischen Regierung angeordneten Mischungen als sehr zweckmäßig zu bezeichnen sind, und daß aus Roggenmehl, Gerstenmehl, Maismehl und Kartoffelfeinemehl hergestellte Brote große Nährwertigkeiten und denselben Wärmewert besitzen wie das reine Roggenbrot.

Auf eine weitere zweckmäßige Ausnutzung der Kartoffel hat unlängst auch der bekannte Agrikulturchemiker Prof. Dr. Th. Pfeiffer in Breslau aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, daß das übliche Schalen der Speisekartoffel große Mengen von Abfällen liefere, die neben der wertlosen Schale Teile der nutzbaren Kartoffelmasse enthalten, während beim Kochen in der Schale und Abziehen der sogenannten Pellkartoffel diese Verluste fast ganz fortfallen. Obwohl jede Hausfrau über diese Verhältnisse unterrichtet ist, macht man sich im allgemeinen keine rechte Vorstellung über die betreffenden Mengenverhältnisse, weil sonst die Herstellung der Pellkartoffeln sicherlich schon allgemeiner verbreitet wäre.

Pfeiffer hat nun nach Angaben in der Schlesischen Zeitung Nr. 838 im Agrikulturchemischen Institut in Breslau einige bemerkenswerte Versuche durchgeführt. Es wurde absichtlich eine Kartoffelsorte mit ziemlich großen Knollen gewählt, damit die beim Schälen entstehenden Verluste, die mit der

Größe der Knollen abnehmen, nicht überschätzt würden. Die Kartoffeln der annähernd je 2 kg wiegenden Proben ließ man von zwei Frauen getrennt schälen, um festzustellen, ob die immerhin etwas verschiedene Art des Schärens wesentliche Unterschiede in der Gewichtsmenge der Schalenabfälle ergeben würde, was jedoch nicht der Fall war. Das Gewicht der Schalen betrug im Durchschnitt bei den rohen Kartoffeln 17,1 vH, bei den Pellkartoffeln dagegen nur 6,5 vH der ursprünglichen Masse. Diese Zahlen sind aber noch nicht völlig miteinander vergleichbar, da beim Kochen beider Arten von Kartoffeln der Trockensubstanzgehalt, auf den es für die Ernährung in letzter Linie ankommt, verschieden beeinflusst wird. Aus der Untersuchung ergab sich nun, daß ein Zentner Kartoffeln beim Schälen der rohen Knollen durchschnittlich 17 Pfd, beim Abziehen der Pellkartoffeln 19,4 Pfd Trockensubstanz für die menschliche Ernährung verfügbar macht, und daß somit das zweite Verfahren einen Gewinn von nicht weniger als 12,2 vH in Aussicht stellt. Wenn in ganz Deutschland nur noch Pellkartoffeln verwandt würden, so genügte die gleiche Kartoffelmenge theoretisch zur Versorgung von mehr als 8 Mill. Menschen mehr, als beim ausschließlichen Schälen der rohen Kartoffeln. Das wird sich allerdings kaum ganz erreichen lassen, und man muß auch zugeben, daß schon jetzt Pellkartoffeln für bestimmte Zwecke in größerem Umfange hergestellt werden. Aber immerhin ist auch hier ein keineswegs unbedeutendes Mittel gegeben, das über etwaige Schwierigkeiten der Ernährungsfrage mit hinweg zu helfen vermag. Mindestens bei der Beköstigung der Gefangenen, deren große Zahl ja vom Standpunkt der deutschen Volksernährung gewisse Bedenken verursacht hat, müßte die Kartoffelausnutzung in der oben erwähnten Art allgemein gefördert werden. Das Schälen der Pellkartoffeln verursacht übrigens weniger Zeitaufwand als das der rohen Kartoffel, und ferner weiß auch jede Hausfrau, daß der Geschmack der Pellkartoffel weit besser als derjenige der geschälten Kartoffel ist.

Es fehlt demnach durchaus nicht an Mitteln, um mit Hilfe einer mehr wirtschaftlichen Kartoffelverwertung die durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten der Volksernährung bis zu einem

gewissen Grade besiegen zu können, und man kann nur hoffen, daß auch im Frieden die in dieser Richtung in den letzten Monaten gegebenen Anregungen weiterhin durchgeführt werden. Vor allem gilt das für die Vergrößerung der Kartoffelanbauflächen in den immer noch allzu ausgedehnten Moor- und Oedlandgebieten, die sich bei reichlicher Kunstdüngung gerade zur Anpflanzung der Kartoffel eignen. Tatsächlich hat sich die Kartoffel von ihrer einstigen Stellung als Aschenbrödel in der Volkswirtschaft jetzt zu einer Bedeutung erhoben, die vor dem Krieg auch ihre begeistertsten Anhänger nicht geahnt haben mögen.

H. Gn.

Die Gewerkschaften während des Krieges.

Einen bemerkenswerten Beitrag zur Beurteilung der Verhältnisse auf dem deutschen Arbeitsmarkt in den ersten Kriegsmonaten liefern die beiden statistischen Erhebungen, die bisher von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angestellt worden sind. Ueber ihre Ergebnisse berichtet das Correspondenzblatt der Generalkommission vom 28. November 1914. Am 31. Oktober des vorigen Jahres zählten die 48 vereinigten Verbände rd. 2,29 Mill. männliche und 223020 weibliche, insgesamt rd. 2,5 Mill. Mitglieder. Von der Berichterstattung wurden 2,11 Mill. männliche und 190396 weibliche, zusammen rd. 2,3 Mill. Mitglieder = 91,5 vH erfaßt. Von einem Teil der in den Grenzbezirken des Reiches ansässigen Zweigvereine und von solchen, deren Leiter zum Kriegsdienst eingezogen waren, sind die Berichte ausgeblieben. Bis zum 31. Oktober waren 661005, das sind 31,3 vH der 2,11 Mill. männlicher Mitglieder eingezogen. Davon konnte die Zahl der Verheirateten für zwei Verbände, nämlich Buchdruckerei-Hilfsarbeiter und Metallarbeiter, mit insgesamt 173698 Eingezogenen nicht zu verlässlich ermittelt werden. Von den Mitgliedern der übrigen Verbände waren 67 vH verheiratet. Die Arbeitsverhältnisse haben sich seit Anfang September in allen Berufen, für einzelne sogar ganz erheblich günstiger gestaltet. Unter den 1,64 Mill. Gewerkschaftsmitgliedern, die nach Abzug der Einberufenen am 31. Oktober verblieben, waren 175500 oder

10,7 vH arbeitslos, gegenüber einer Zahl von 21,2 vH im September. Eine Uebersicht über die Aenderung der Verhältnisse gibt die folgende Zusammenstellung.

Verbände	Arbeitslose in vH	
	Anfang Sep- tember 1914	am 31. Okto- ber 1914
Zivilmusiker	88,4	33,2
Glasarbeiter	63,6	24,5
Xylographen	60	54,9
Bildhauer	50,5	41,8
Porzellanarbeiter	49,4	31,2
Buchdruckerei-Hülfсарbeiter	43,8	16,6
Holzarbeiter	34,7	24,6
Buchdrucker	30	22,5
Böttcher	9,9	5,2
Steinarbeiter	9,3	4,6
Transportarbeiter	7,7	6,9
Maschinisten und Heizer	7,2	6
Bergarbeiter	2,6	0,4
Handlungsgehülfen	4	5,7
Landarbeiter	1,5	1,9

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist nur zum Teil einer Beschaffung von mehr Arbeitsgelegenheit zu verdanken; sie wird vielmehr darauf zurückgeführt, daß die Beschäftigungslosen in anderen Erwerbszweigen untergekommen sind. Bei den Handlungsgehülfen hängt offenbar der Entlassungstermin am 1. Oktober mit der Zunahme der Arbeitslosigkeit zusammen, während die Steigerung der Zahl für die Landarbeiter von unserer Quelle durch die größere Genauigkeit der Ermittlung erklärt wird. Obwohl daher die Arbeitslosigkeit erfreulicherweise nicht mehr so groß wie in den ersten Kriegsmonaten ist, sind doch in großen wichtigen Berufen noch 20 bis 40 vH

der Gewerkschaftsmitglieder ohne Beschäftigung. Neben den 175 000 völlig Erwerbslosen gibt das Correspondenzblatt noch 122 545 Mitglieder an, die bei verkürzter Arbeitszeit und geringem Lohn als üblich umschichtig einige Stunden am Tage oder einige Tage in der Woche beschäftigt werden. Es bemerkt dazu, daß die genannte Zahl wahrscheinlich noch größer sei, da von 47 Verbänden nur 34 genauere Angaben hierüber gemacht haben.

Die Zahlen, die unsere Quelle über die Unterstützungen angibt, die den am Erwerb gehinderten Mitgliedern zuteil werden, gewähren einen Einblick in die wirtschaftliche Kraft und die unter den jetzigen Verhältnissen besonders anzuerkennende Hilfstätigkeit der Gewerkschaften. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen und teilweise Beschäftigten wurden aus den Kassen der Organisationen 111 529 unterstützt. Die Notwendigkeit zwang dazu, von der Gewährung einer Beihilfe an die noch nicht bezugberechtigten und die ausgesteuerten Mitglieder abzusehen. Immerhin sind vom 1. August bis zum 31. Oktober rd. 12,8 Mill. M an Arbeitslose und darüber hinaus 2,935 Mill. M an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlt worden. Dazu kommen die Unterstützungen an Kranke und Invaliden, deren Umfang wegen Abrechnungsschwierigkeiten für den bezeichneten Zeitraum nicht festgestellt werden konnte. Um einen tieferen Einblick in die Tätigkeit der Gewerkschaften und Genossenschaften und ihre Leistungen während des Krieges zu erhalten, haben bekanntlich auf eine Einladung der Berliner Gewerkschaftskommission Vertreter der Reichsbehörden und der preußischen Ministerien dem Berliner Gewerkschaftshaus im November des vorigen Jahres einen Besuch abgestattet.

HANDEL UND VERKEHR; GELDWESEN.

Der Rückgang des englischen Außenhandels.

Wie stark Englands Handel seit Ausbruch des Krieges zurückgegangen ist, zeigt die nachstehende Aufstellung. Es belief sich die

Einfuhr

	Mill. £		1914 weniger als 1913	
	1914	1913	Mill. £	vH
August . . .	42,36	55,97	13,61	24,3
September .	45,05	61,35	16,30	26,7
Oktober . .	51,56	71,73	20,17	28,4
November .	55,99	68,47	12,48	18,3

Ausfuhr

	Mill. £		1914 weniger als 1913	
	1914	1913	Mill. £	vH
August . . .	28 63	52,26	23,63	45,3
September .	31,95	49,27	17,32	35,2
Oktober . .	35 78	56,17	20,39	36,7
November .	30,24	52,75	22,51	42

Seit Beginn des Krieges hat England seine Ausfuhr um 83,8 Mill. £, seine Einfuhr um 62,6 Mill. £, seinen Gesamt-handel um nicht weniger als 146,4 Mill. £ oder rd. 3 Milliarden M abnehmen sehen. Besonders zu beachten ist der Rückgang der englischen Ausfuhr. In der Einfuhr waltet das Bestreben vor, sich mit den notwendigsten Nahrungsmitteln für die Kriegszeit zu versehen. Die im einzelnen hier nicht wiedergegebenen Zahlen lassen erkennen, daß die Einfuhr aller andern Waren empfindlich zurückgeblieben ist. In der Ausfuhr sind vor allem die Kohlen zurückgeblieben, nicht weniger die Maschinen, insbesondere aber auch Baumwollwaren und Wollwaren, mit denen England weite Gebiete der Welt versorgt.

Die Kosten des Weltkrieges.

In einer Schrift »Die Kriegsrechnung« erörtert Professor Julius Wolf in Charlottenburg die Frage, wie das Einkommen und Vermögen der beteiligten Staaten durch die Kriegführung betroffen werden. Im Gegensatz zu den mancherlei willkürlichen und von einander weit abweichenden Schätzungen der gegnerischen Presse bietet er unter andern einige bemerkenswerte Grundlagen für die Bemessung der täglichen gesamten Kosten des Krieges¹⁾. Nach den Erfahrungen der letzten großen Feldzüge seit 1870/71 hat man diese Kosten, bezogen auf je einen Mann des Heeres, zu 6 M berechnet, wobei zu beachten ist, daß die Angaben für den Friedensetat daneben bestehen bleiben. Wolf nimmt an, daß diese Zahl unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu niedrig erscheint, da das Geld seit der Zeit, auf der die Berechnung fußt, entwertet worden ist und neue Bestandteile der modernen Kriegsrüstung die Kosten erhöht haben. Er läßt daher

den Satz von 6 M nur für die Kriegführung nach vollzogenem Aufmarsch des Heeres gelten, während unter Einbeziehung des ersten durch die Mobilisierung erfüllten Monates mit seinen erheblich größeren Ausgaben als Mindestbetrag für den Mann täglich 7 M Ausgaben anzunehmen seien. Wesentlich höher als 7 bis 8 M im Durchschnitt dürfte allerdings der einzelne Kämpfer keinem Land außer England zu stehen kommen, da dessen Anteil an Ausgaben für die Flotte unverhältnismäßig groß ist und infolgedessen, bezogen auf den einzelnen Soldaten, die Ausgaben erheblich höher sind. Hinzu kommt der höhere Sold des englischen Soldaten. Für Rußland setzt Wolf den Betrag mit Rücksicht auf die weniger sorgfältige Verpflegung der Truppen etwas geringer als für Deutschland, nämlich mit 6 bis 7 M an. Aus demselben Grunde glaubt er für Frankreich einen Satz von 6 bis 7 M annehmen zu dürfen, zumal da sich der Nachschub im eigenen Lande billiger stellt. Ebenso nimmt er diesen Satz für Oesterreich-Ungarn an. Insgesamt ist daher ein durchschnittlicher Satz von 7 M täglich für den Krieger gerechtfertigt. Auf Grund von Berechnungen kommt Wolf bei der Bemessung der Gesamtstärke der im Felde befindlichen Heere auf eine Zahl von mehr als 20 Millionen, so daß sich als tägliche unmittelbare Kosten des Weltkrieges ohne die Ausgaben der Türkei gut 150 Mill. M ergeben. Davon entfallen 40 auf Deutschland, 20 auf Oesterreich Ungarn und 90 Mill. M auf unsere Gegner. Demnach würde der Krieg Deutschland monatlich 1,2 Milliarden M kosten. Zum Vergleich wird angeführt, daß vor etwas mehr als 25 Jahren gelegentlich der Kriegsspannung zur Zeit Boulangers die Kosten eines Zweifrontenkrieges von der deutschen Regierung auf 2 Milliarden M für die ersten 6 Wochen berechnet worden sind. Die ziemlich hohe Zahl ist darauf zurückzuführen, daß man hier die außerordentlichen Kosten beim Beginn des Feldzuges auf nur 6 Wochen verteilt hatte. Zu den oben genannten gewaltigen Summen, die der Krieg verschlingt, kommen noch die ebenfalls nicht unbeträchtlichen Kosten der neutralen Staaten für ihre teilweise vollzogene Mobilmachung und andere Vorbereitungs- und Vorbeugungsmaßnahmen.

¹⁾ Vergl. Kölnische Zeitung vom 12. Dezember 1914.

Eine Metallsammlung gegen Kriegsnot.

Wie wir bereits an anderer Stelle erwähnt haben, müssen wir der Verwendung von Altmetall heute erhöhte Bedeutung beimessen, um dieses statt der mangelnden frischen Vorräte für Kriegszwecke usw. heranzuziehen. Die Kriegsmetallgesellschaft hat ihre Aufmerksamkeit auch auf dieses Gebiet gelenkt, um so mehr, als heute in Deutschland und besonders in Berlin ein ausgehnter Altmetallhandel besteht. Aus den Kreisen der Öffentlichkeit heraus ist dieser Gedanke mit dem der Wohltätigkeit zum Besten der Kriegsinvaliden und zur Linderung der Kriegsnot glücklich verbunden worden. In Berlin ist eine Stelle geschaffen worden, welche die Metallsammlung gewissermaßen organisieren will. Schulen und Vereine unterstützen diese gemeinnützigen Bestrebungen und versuchen die in fast jedem Haushalt vorhandenen und nicht mehr gebrauchsfähigen Gegenstände aus Metall, die ein totes Kapital darstellen, nutzbar zu machen. Obwohl die Metallsammlung erst vor

wenigen Wochen ins Leben getreten ist, ist es doch schon gelungen, in großen Mengen Münzen, Gold und Silber, halbedle und unedle Metalle zu sammeln. Während reine Schmuckgegenstände von Kunstwert von dieser Sammelstelle an Liebhaber wieder verkauft werden, die sich jedoch verpflichten müssen, keinen weiteren Handel damit zu treiben, sind andererseits gebrauchsunfähige Gegenstände der Kriegsmetallgesellschaft zugeführt worden, die sie zum Einschmelzen nach ihrem Metallwert einkauft und der Metallsammlung schon eine nicht unbedeutliche Summe für ihre wohltätigen Zwecke zugeführt hat. Der Gedanke der Wohltätigkeit ist hier mit einem wirtschaftlichen Zweck verbunden worden, der noch viel zu wenig Beachtung gefunden hat und dessen Verallgemeinerung weitesten Kreisen unserer Bevölkerung handgreiflich vor Augen führt, daß Rohstoffspargung und Rohstoffsammlung gerade in gegenwärtigen Zeitläufen zu einer wirtschaftlichen Pflicht geworden ist.

IV. NEUE LITERATUR**DER WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN GRENZGEBIETE DER TECHNIK¹⁾.****Wirtschaftswissenschaft und -politik.**

Bonne, Georg: Beiträge zur Ernährungsfrage unseres deutschen Volkes. Soz. Prax. 17. Sept. 14.

Calwer, Rich : Das Wirtschaftsjahr 1908. Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt. Jena, G. Fischer, 14. M 21,—.

Die preußische Vorlage gegen die Kriegsnotstände. Soz. Prax. 29. Okt. 14.

Harms, Bernhard: Weltwirtschaftliche Forschung und Lehre. Weltwirtsch. Arch. Juli 14.

Nutzbarmachung von Oedländereien. Concordia 1. u. 15. Okt. u. 1. Nov. 14.

v. Waltershausen, A.: Die Weltwirtschaftslehre. Z. Sozialw. 14 H. 7 u. 8.

Industrie und Bergbau.

Beckmann, H.: Die Bedeutung der Elektromobile für den Stromabsatz der Elektrizitätswerke. ETZ 12. u. 19. Nov. 14.

Bowron, James: The southern iron and steel industry. Iron Age 12. u. 19. Nov. 14.

Bericht des Berg und hüttenmännischen Vereins zu Siegen über das Jahr 1913. Glückauf 8. Aug. 14.

Das industrielle China. Shangai, M. Nöbler & Co., 14.

Der europäische Krieg und die nord-amerikanische Eisenindustrie. Stahl u. Eisen 3. Sept. 14.

Die Bergwerks- und Hüttenindustrie Oesterreichs im Jahre 1913. Glückauf 5. Dez. 14.

¹⁾ Ein Verzeichnis der für diese Übersicht bearbeiteten Zeitschriften ist dem Januarheft beigelegt.

- Die französische Bergwerksindustrie im Jahre 1912. Glückauf 21. Nov. 14.
- Die Eisenindustrie Frankreichs. Gießerei-Z. 1. Dez. 14.
- Die Lage der elektrischen Industrien in Italien. ETZ 24. Sept. 14.
- Die Versorgung der Niederlande mit elektrischer Energie. ETZ 19 Nov. 14.
- Frölich, Fr.:** Die Stellung der deutschen Maschinenindustrie im deutschen Wirtschaftsleben und auf dem Weltmarkt. Techn. u. Wirtsch. Aug. 14
- Glenn, Thomas K.:** The southern iron and steel industry. Iron Age 29. Okt. 14.
- Großmann, H.:** Die deutsche chemische Industrie und der europäische Krieg. Techn. u. Wirtsch. Dez. 14.
- v. Hanffstengel, Georg:** Die wissenschaftliche Behandlung von Aufgaben der Massenbeförderung. Glückauf 24. Okt. 14.
- Honigsmann, E.:** Die elektrotechnische Industrie Oesterreich-Ungarns im 1. Halbjahr 1914. ETZ 10. Sept. 14.
- Jüngst:** Deutschlands Gewinnung an Kohle und Eisen in den ersten beiden Kriegsmonaten. Glückauf 7. Nov. 14.
- , Die Bergwerksproduktion des niederrheinisch westfälischen Bergbaubezirkes im Jahre 1913. Glückauf 4. Juli 14.
- Leber, Jakob:** Großfuß, eine technisch-wirtschaftliche Betrachtung. Stahl u. Eisen 24. Sept. 14.
- Orton, Bror:** Kubas Eisenerzbau. Stahl u. Eisen 19. Nov. 14.
- Schwerdfeger, Hans:** Die wirtschaftliche Stellung der Kohle in den gemischten Werken des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes. Bergw. Mitt Aug.-Sept. 14.
- Seabrook, A. H.:** Die Entwicklung der Elektrizitätsversorgung in Großbritannien. ETZ 9. bis 23 Juli 14.
- Siegel, G.:** Die Tarife der wichtigsten mit elektrischer Arbeit versorgten Länder. ETZ 16. u. 23. Juli 14.
- Zimmermann, Waldemar:** Arbeitsverschiebung und Kräfteausgleich in der Kriegswirtschaft. Soz. Prax. 13. Aug. 14
- Brodnitz, Georg:** England im Kriege. Bank-Arch. 1. Dez. 14.
- Bruck, W. F.:** Die Baumwollfrage und die indische Baumwollproduktion. Frkf. Ztg. 5. Juli 14.
- Bryce:** South America; observations and impressions. New York, Macmillan. \$ 2,50.
- Cattaneo, G.:** Die Ausfuhr von Maschinen nach Rußland. Z. Kälte-Ind. Juni 14.
- Eckel, Edwin C.:** Supply of aluminum and its future price. Iron Age 8. Okt. 14.
- Enock, C. Reginald:** Ecuador; its ancient and modern history, topography and natural resources, industries and social development; with 37 ills. and 2 maps. New York, Scribner. \$ 3,—.
- Ewald, W.:** Seehafen und Seekanalpläne in Südbrasilien. Weltwerk u. Weltwirtsch. Juli 14.
- Florenz, K.:** Deutschland und Japan. L. Friederichsen & Co., Hamburg 14. M —,50.
- Franko, O.:** Deutschland und England in Ostasien. L. Friederichsen & Co., Hamburg, 14. M —,50.
- Georgs, N.:** Amerika und wir. Ein Versuch zur Beleuchtung der wirtschaftlichen Lage in den Vereinigten Staaten von Amerika. Leipzig, Reichenbach, 14. M —,80.
- Germanicus, A.:** Deutsches Petroleummonopol und Weltpetroleummarkt. Berlin, Politik, 14. M —,80.
- Goebel, Otto:** Sibirien. Weltwirtsch. Arch. Juli 14.
- Gouault, Emile:** Les grands travaux et le développement économique de l'Afrique occidentale française. Gén. civ. 11. Juli 14
- Good, T.:** The future of American shipping. Cass. Eng. Juli 14.
- Grotewold, Christian:** Wegweiser durch die Wirtschaftsverhältnisse der La Plataländer. Berlin, Welt-Reise Verlag, 14. M 1,—.
- Guillermo:** Die natürlichen Vorbedingungen der wirtschaftlichen Zukunft Südamerikas. Weltwerk. u. Weltwirtsch. Juni 14.
- Hansen, N.:** Die amerikanischen Konsuln als Industrie und Exportförderer. D. Ind. 20. Juni 14.
- Haskin, Frederic J.:** The Panama Canal. London, Heinemann, 14.
- Hauser, Rich.:** Die amerikanische Bankreform. Jena, G. Fischer, 14. M 3,—.
- Helfferich, Karl:** Die Kriegaanleihe. Bank-Arch. 1. Okt. 14.

Handel und Verkehr; Geldwesen; Weltwirtschaft.

- Alexander, Erich:** Kriegskreditbanken. Recht u. Wirtsch. Dez. 14.

- Hennig, Richard:** Ein voraussichtlich schädlicher Einfluß des Panamakanals auf die nordamerikanische Schifffahrt. Weltverk. u. Weltwirtsch. Juni 14.
- Jaffé, Edgar:** Die Bank von England und der Krieg. Bank Arch. 1. Okt. 14.
- Jüngst, Ernst:** Die Bedeutung des Staatsbergbaues im Haushalt der deutschen Bundesstaaten. Glückauf 5. Sept. 14.
- , Italiens Kohlenversorgung und seine Stellung im jetzigen Kriege. Glückauf 22. Aug. 14.
- , Die britische Kohlenausfuhr und der Krieg. Glückauf 12. Sept. 14.
- , Gewinnung und Einfuhr von Eisen in Japan. Glückauf 17. Okt. 14.
- , Die Grubenholzversorgung Deutschlands und Großbritanniens im jetzigen Kriege. Glückauf 40 Okt. 14.
- , Deutsch britischer Handelsverkehr in Eisen und Stahl. Glückauf 28. Nov. 14.
- Kaliski, Julius:** Der Krieg und die deutsche Volkswirtschaft. Soz. Monatsh. 10. Sept. 14.
- Köhler, Fr:** Persiens Petroleumfelder und ihre Ausbeute. Weltverk. u. Weltwirtsch. Juli 14.

Unternehmer, Angestellte und Arbeiter; Soziales.

- Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung. Staatliche Kriegsfürsorge für Arbeitslose. Soz. Prax. 26. Nov. 14.
- Braun, Adolf:** Der Krieg und die Gewerkschaften. N. Zeit 18. Sept. 14. Der deutsche Arbeitsmarkt im Jahre 1913. Corr. Gewerksch. 20 Juni 14. Der Krieg und die sozialen Pflichten. Corr. Gewerksch. 5. Sept. bis 10. Okt. 14.
- Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Holzwarenindustrie. Berlin, Holzarbeiter-Verband, 14. M 1,—.
- Die Arbeiterfürsorge — eine Quelle deutscher Kriegsbereitschaft. Soz. Prax. 1. Okt. 14.
- Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913. Corr. Gewerksch. 14. Nov. 14.
- Die Entwicklung der Angestellten-schicht in den Gebietsteilen des Deutschen Reichs. Rchsarbeitsbl. Juni 14.
- Die Bergarbeiterlöhne in Deutschland im 1. Vierteljahr 1914. Glückauf 11. Juli 14.
- Die Bergarbeiterlöhne in Preußen im 2. Vierteljahr 1914. Glückauf 7. Nov. 14.
- Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1913. Corr. Gewerksch. 18. Juli 14.
- Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reiche im Jahre 1913. Corr. Gewerksch. 8. Aug. 14.
- Die Gewerkschaften während der Kriegszeit. Corr. Gewerksch. 28. Nov. 14.
- Die Beschlüsse des neunten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands. Corr. Gewerksch. 11. Juli 14.
- Die deutschen Gewerbe-, Berg- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1913. Corr. Gewerksch. 28. Nov. 14.
- v. Frankenberg:** Die Unfallfürsorge im öffentlichen Dienste. D. Jur.-Ztg. 1. Juni 14.
- Giesberts, J.:** Aufgaben der Invalidenversicherungsanstalten im Kriege. Soz. Prax. 8. Okt. 14.
- Glier, L.:** Die Preiskurve und das Teuerungsproblem. Z. Sozialw. 14 H. 5.
- Gräf, Eduard:** Der Krieg und die Invalidenversicherung. N. Zeit 6. Nov. 14.
- Heyde, Ludwig:** Die deutschen Arbeiter im Weltkrieg. Soz. Prax. 22. u. 29. Okt. 14.
- Hoch, Gustav:** Der Krieg und die Arbeiterversicherung. N. Zeit 16. Okt. 14.
- Kaisenberg:** Die Kriegsrüstung in der Arbeiterversicherung. Recht u. Wirtsch. Dez. 14.
- Kriegsfürsorge in der deutschen Elektroindustrie. ETZ 26. Nov. 14.
- Ostwald, Hans:** Kultivierung des deutschen Oedlandes durch Arbeitslose während des Krieges. Soz. Prax. 27. Aug. 14.
- Schatten und Licht auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Soz. Prax. 24. Sept. 14.
- Stein, W.:** Arbeitslosen fürsorge und Krieg. Recht u. Wirtsch. Dez. 14.
- Umbreit, Paul:** Arbeitslosigkeit, Notstandsarbeiten und Arbeitslosenunterstützung. N. Zeit 13. u. 20. Nov. 14.
- Vorschläge zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit. Corr. Gewerksch. 19. Sept. 14.